

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 103

MAI 1993

50 Pfennig

Arbeiter müssen um die Macht kämpfen! Metall, Stahl, Bergbau: Vollstreik jetzt, Ost und West!



Burkhard Lange

Hennigsdorf: Stahl dichtgemacht. Ostdeutsche Arbeiter können den Hebel darstellen, der den Würgegriff der DGB-Bürokraten bricht

BERLIN, 9. Mai — Knapp 40 000 Metall- und Stahlarbeiter streiken jetzt in Sachsen, Brandenburg und auf den Werften in Mecklenburg-Vorpommern. Die Arbeiter sind entschlossen und kämpferisch, ihr Streik wird breit unterstützt. Aber selbst im Osten sind viele Arbeiter bei den von Treuhand und Krupp zerstörten Stahl- und Metallbetrieben

**Brecht den Würgegriff der SPD/DGB-Bürokraten!
Begrabt Solidarpakt von Kohl/Engholm/Steinkühler
durch gemeinsamen Klassenkampf!**

von dem „Teilstreik“ ausgeschlossen. Mit dieser Aufspaltung will die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ihren Ausverkauf vorbereiten, und Steinkühler kündigte auch schon an: „Was immer herauskommen wird, es wird ein Vertrag sein mit Status quo minus.“

Zwar soll sich laut IGM-Chef am 12. Mai „bundesweit kein Rad mehr drehen“, aber in Wahrheit wollen die DGB-

Bürokraten den „Aktionstag“ bei den VW-Werken und anderen West-Betrieben auf einen „symbolischen Warnstreik“ beschränken. Das reicht nicht aus! Nachfolgend drucken wir das um die Einleitung gekürzte SpAD-Flugblatt ab, von dem Tausende bei Streikpostenkettens und Arbeiterprotesten verteilt wurden.

Jetzt dürfen wir nicht zulassen, daß die SPD-Gewerkschaftsbürokraten mit „ausgewählten“ Einzelstreiks und Protesten zum „Dampfablassen“ die Arbeiter aufspalten und damit einen Ausverkauf vorbereiten, wie wir es im letzten Mai mit Wulf-Mathies beim ÖTV-Streik erlebt haben. Inmitten einer kapitalistischen Wirtschaftskrise, wo die Bosse einen Kahlschlag planen, werden isolierte Streiks nicht viel ausrichten. Jetzt müssen die Metall-, Stahlarbeiter und Bergleute, die vom Ruhrgebiet bis Eisenhüttenstadt um ihre Existenz kämpfen, mit einem geschlossenen Streik den Generalangriff von Regierung und Bossen zurückschlagen.

Fortgesetzt auf Seite 18

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Stahls Schauprozeß gegen DDR-Meisterspion Viertes Reich: Hände weg von Markus Wolf!

„Der letzte Feldzug des Kalten Krieges“ — so nannte es Markus Wolf selbst. Am 4. Mai begann der Prozeß gegen den DDR-Meisterspion vor dem 4. Strafsenat in Düsseldorf, Schauplatz zahlreicher „Stasi“-Prozesse. In einer 289seitigen Anklageschrift bezichtigt der berüchtigte RAF-„Terroristen“-jäger Generalbundesanwalt Alexander von Stahl den Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR des „Landesverrates“ und der „Bestechung“ (von Agenten, die im Auftrag der HVA in Westdeutschland spionierten). Dazu fragte Wolf in seiner Rede vor Gericht über seine Zeit als Spionagechef und Bürger der DDR: „Welches Land soll ich verraten haben?“

Wenn von „Landesverrat“ die Rede ist, kann wohl nur „Verrat“ am Dritten Reich gemeint sein, das durch den Sieg der Roten Armee über den deutschen Faschismus zerschlagen wurde. Aus diesem Sieg wurde der deformierte Arbeiterstaat DDR aufgebaut. Nicht nur hat die BRD sich als rechtlichen Nachfolgestaat des Dritten Reichs bezeichnet, sondern sie hat auch den gesamten Geheimdienst von Hitlers Spionageapparat „Fremde Heere Ost“ übernommen, die Gehlen-Organisation, die der Kern des späteren BND wurde. Kaum jemand setzte der BRD und ihrem BND erfolgreicher zu als Markus Wolf: Dafür soll er jetzt büßen.

Zum Rachefeldzug bemerkte Wolf vor Gericht, daß „ich als ehemaliger Leiter des Nachrichtendienstes des einen deutschen Staates vor Gericht stehe, während der ehemalige Leiter genau des gleichen Dienstes im anderen deutschen Staat das vereinigte Deutschland als Außenminister vertritt“.

Wir Trotzkiten verlangen die sofortige Niederschlagung des Verfahrens gegen Markus Wolf, wie wir das schon bei Erich Honecker gefordert haben. Hände weg von Markus Wolf! Freiheit für Heinz Keßler, Erich Mielke und alle

anderen Repräsentanten der ehemaligen DDR! Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf! Aber auch Ausverkäufer wie Hans „Deutschland einig Vaterland“ Modrow verteidigen wir gegen den imperialistischen Rachefeldzug.

In unserem Artikel „Der Schauprozeß gegen Erich Honecker“ im *Spartakist* Nr. 100 (Januar 1993) schrieben wir: „Dadurch, daß wir für die Freiheit der früheren DDR-Führung kämpfen, erfüllen wir unsere proletarische Pflicht, die Zielscheiben und Opfer dieser kapitalistischen Klassenjustiz zu verteidigen. Genauso haben wir gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft, die diese antikommunistische Hexenjagd hervorbrachte sowie rassistischen Terror, Massenarbeitslosigkeit und andere Greuel.“

Es geht nicht nur um eine direkte Vendetta gegen einen Honecker oder Wolf. Es geht darum, besonders in der ostdeutschen Arbeiterklasse jegliches Bewußtsein und jede Erinnerung an die Errungenschaften der Planwirtschaft der DDR auszulöschen oder, wie Wolf es ausdrückt: „abzuwickeln, was noch von 40 Jahren DDR übriggeblieben ist“.

Es ist kein Zufall, daß die deutsche Bourgeoisie einen antikommunistischen Schauprozeß nach dem anderen inszeniert, um die Arbeiterklasse einzuschüchtern und zu demoralisieren, und zur gleichen Zeit über die Hälfte der Werktätigen der ehemaligen DDR auf die Straße schmeißt und die Tarifverträge von denen in Stücke reißt, die noch Arbeit haben. Selbst SPD/DGB-Bürokraten wie Steinkühler haben bemerkt, daß die Bosse seit der Zerstörung der UdSSR und der DDR jetzt überall brutaler vorgehen. Zur gleichen Zeit versuchen die gleichen Steinkühler & Co. dies auszunutzen, um die deutsche Arbeiterklasse gespalten und gefesselt

Fortgesetzt auf Seite 23

Faschisten sind Mörderbanden

An die Redaktion des *Spartakist*:

Die Polemik in *Spartakist* Nr. 102 (April) gegen die selbstmörderische Politik von PDS/Ostrowski, mit den „Faschisten zu reden“, hat mir sehr gut gefallen. Doch die Über-

schrift „Nazis sind Terroristen — keine ‚Gesprächspartner‘“ ist unglücklich formuliert und kann zu Konfusion führen. Im Artikel schreiben wir treffend: „Faschisten sind Mörderbanden“. So hätten wir es auch in der Überschrift sagen sollen. Der Begriff „Terrorist“ wird vom bürgerlichen Staat und der bürgerlichen Presse dazu gebraucht, um Linke zu kriminalisieren und das „Gewaltmonopol des Staates“ auszubauen. Erinnert Euch an die RAF-Terroristenhatz in den 70er Jahren oder die Prozesse gegen die kurdisch-nationalistische PKK. Beide verteidigen wir gegen das Vierte Reich! Gleichzeitig lehnen wir die kleinbürgerliche RAF-Strategie des individuellen Terrors politisch ab als impotente „Abkürzung“ des Kampfes, die Arbeiterklasse zur Eroberung der Macht zu mobilisieren.

Wir sind bekannt dafür und stolz darauf, daß unsere Überschriften klar und präzise sind. So soll es auch bleiben.

Mit kommunistischen Grüßen
Mike Jäger

Die *Spartakist*-Redaktion dankt dem Genossen Jäger für seinen Brief und stimmt der Kritik zu. In dem Artikel wurde außerdem die DGB-Zentrale in Frankfurt/Main erwähnt. Sie befindet sich aber in Düsseldorf, in Frankfurt ist die IG-Metall-Zentrale. Ferner wurde im *Spartakist* Nr. 102 in Karl Kielhorns Artikel „Unser Genosse Gerhard Bögelein ist tot! Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen“ irrtümlich das Datum von Bögeleins Verhaftung mit Dezember 1991 angegeben. Gerhard Bögelein wurde aber bereits im Dezember 1990 verhaftet.

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus,
Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (040) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (030) 4 91 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 103

Mai 1993

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Hennigsdorfer Stahlwerker für Vollstreik

Genau – Vollstreik jetzt, antworteten schon am ersten Streiktag viele Hennigsdorfer Stahlwerker, die über die Salami-Taktik der sozialdemokratischen IGM-Bürokraten sauer sind, mit der der Kampf aufgespalten und für einen Ausverkauf vorbereitet wird. Bei der Kundgebung am Morgen des 3. Mai demonstrierten über 2000 LEW-Arbeiter (AEG), die bisher vom Streik ausgeschlossen sind. Fast alle nahmen das Spartakist-Flugblatt. SpAD-Mitglieder und Jugendliche verteilten bisher über tausendfünfhundert Flugblätter und verkauften Dutzende Zeitungen an die Arbeiter. In vielen Diskussionen betonten wir, daß der Schlüssel zum Sieg genau wie bei der Hennigsdorfer Besetzung 1991 in der Ausweitung auf den Westen liegt, wo die schweren Bataillone der Metallarbeiter die geplanten Massenentlassungen zurückschlagen müssen. Nur wenige Bus-Stationen entfernt arbeiten in Westberliner Metallbetrieben viele kampferfahrene kurdische und türkische Arbeiter, die mitstreiken wollen, weil sie von Entlassungen und danach von Abschiebungen bedroht sind.

„Dann kann es passieren, daß wir 100 Prozent Westlohn sofort fordern“, beschrieb ein Arbeiter bei Streikbeginn die Kampfbereitschaft der Kollegen. Ganz Hennigsdorf solidarisiert sich mit dem Streik, überall hängen Gewerkschafts-plakate und -fahnen. Aber mit einer sozialdemokratischen Führung, die die Streikposten „noch vier Meter zur Seite“ schiebt, gewinnt man keine Streiks. Eine gewählte tatkräftige Streikführung könnte sofort Tausende mobilisieren, um

Streikbrecher beim VW-Werk Mosel gestoppt Reger politischer Austausch mit Streikposten

3. Mai – Wir waren pünktlich zum Streikbeginn um 6 Uhr in Mosel bei Zwickau. Vor dem Gelenkwellenwerk hatte ich kaum 20 Flugblätter verteilt, als ein Typ auf mich zu-stürzte und mich anschrie, ich solle mit dem „Mist“ verschwinden, er drohte, mir die Flugblätter mit Gewalt zu entreißen. Darauf fragte ich ihn, ob er die Drecksarbeit für Kohl und Krause machen wolle. Die vielen Arbeiter drum herum fingen an zu gieren, und der Typ verzog sich wieder, ohne aber mit den Beschimpfungen aufzuhören. Einige Arbeiter nahmen kein Flugblatt, mit der Begründung, von den Stalinisten wollten sie nichts wissen, und sie ließen sich auf keine Diskussion ein. Im Gegensatz zu anderen Kampfaktionen war der Prozentsatz solcher Arbeiter recht hoch. Doch die Mehrzahl der Arbeiter nahm unser Flugblatt.

Die meisten Diskussionen hatten wir hier mit den aus Salzgitter importierten Gewerkschaftsbürokraten, die uns angriffen, weil wir im Titel „Brecht den Würgegriff der SPD/DGB-Bürokratie“ sagen, und wegen unserer Losung für Vollstreik. Sie behaupteten, wir wollten die Arbeiter spalten und hätten überhaupt keine Ahnung von Streikführung. Doch im Gegensatz zu den Bürokraten waren sich alle Arbeiter, mit denen ich sprach, darüber einig, daß der Streik ausgeweitet werden muß.

Die gleiche Situation und die gleichen Diskussionen gab es beim VW-Werk. Vor dem Haupttor standen etwa 400 bis

die Streikpostenketten zu verstärken und das gesamte Gelände dichtzumachen. Viele Frauen, die in DDR-Zeiten als Kranführerinnen und in anderen qualifizierten Bereichen gearbeitet haben und jetzt entlassen worden sind, werden bei diesem Kampf ganz vorne stehen.

Nach dem Bekanntwerden der Schließungspläne bei Krupp-Stahl Oranienburg sind die Kollegen, denen Massenentlassungen drohen, vorerst von den Gewerkschaftsbürokraten eingeschüchtert und von der Beteiligung am Streik ausgenommen worden. Doch nur umgekehrt können sie ihre Arbeitsplätze verteidigen. Statt um ABM-Stellen zu betteln: Besetzt das Werk, in einer geschlossenen Streikfront zusammen mit den Betrieben der gesamten Stahlindustrie auch im Westen!

Der Anstecker eines Arbeiters lautete: „Rheinhausen ist überall“. Die kapitalistische Wiedervereinigung hat innerhalb von drei Jahren auch in Ostdeutschland zu Millionenarbeitslosigkeit und rassistischem Terror geführt. Jetzt kommen meist aus dem Westen importierte sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokraten an und wollen bei den Streikposten antikommunistische Sprüche verbreiten. Die SPD war der Vorreiter der Konterrevolution in der DDR, gegen deren verheerende Konsequenzen die Arbeiter jetzt einen harten Kampf führen müssen. Und genau wie im Ruhrgebiet sind es jetzt wieder die Sozialdemokraten, die den Existenzkampf der Arbeiter auf „Ausnahmeklauseln“ und Prozentpunkte herunterkochen und den Vollstreik Ost und West verhindern wollen. Von Rheinhausen bis Hennigsdorf intervenieren die Spartakisten dafür, den CDU/SPD-Solidarpakt gegen die Arbeiter durch die Mobilisierung der Macht der Arbeiter zu zerschlagen.

500 Arbeiter und weitere 100 vor den drei weiteren Toren. Die Tore waren durch Streikpostenketten gesichert. Ständig wurden Streikbrecher daran gehindert, das Werk zu betreten. Auch waren viele Streikposten hauptsächlich aus dem Westen, aus dem VW-Werk in Wolfsburg. Die Arbeiter berichteten, daß es seit Tagen eine große Hetzkampagne gegen den Streik gibt.

Als wir um das Werk herum zu den anderen Streikposten fuhren, sahen wir, daß Streikbrecher über die Bahnanlagen in das Werk gingen. Wir informierten sofort die nächsten Streikposten, und diese unternahmen sofort Schritte, um dies zu unterbinden. Bei diesem Streikposten erfuhren wir auch, daß ein Streikbrecher versucht hatte, sich mit einer Schreckschußpistole Zugang zum Werk zu verschaffen, was aber verhindert wurde. Viele Streikbrecher suchten verzweifelt einen Weg in das Werk, konnten aber keinen finden. Nach stundenlangem Warten gaben viele auf und fuhren wieder nach Hause.

Bei vielen Arbeitern gab es einen regelrechten Haß auf die Stalinisten, und oft wurden wir zu Anfang mit ihnen gleichgesetzt. Erst als wir unsere trotzkistische Politik erklärten, wurden sie uns gegenüber offener. Man hörte kaum Äußerungen gegen die DDR. Ein Arbeiter griff uns zuerst an, weil wir Mielke verteidigen, diskutierte dann aber kurz mit uns, als ich ihm unsere Position darlegte. Wobei er uns dann zustimmte, daß das Vierte Reich kein Recht habe, ihn zu verurteilen. Die Arbeiter machten einen kampfbereiten Eindruck, besonders die in die Streikpostenketten integrierten Arbeiter. Es gab weder Niedergeschlagenheit noch Pessimismus über den Ausgang des Streiks. Wir verteilten etwa an die 500 Flugblätter. Ein Arbeiter aus Wolfsburg nahm etwa 20 Stück, um sie mit nach Wolfsburg zu nehmen. ■

Feministen des Vierten Reichs für Blitzkrieg auf dem Balkan

Täglich lauter trommeln die Imperialisten für eine Intervention auf dem Balkan. Die Bonner Regierung schickt ein „humanitäres“ Afrikakorps nach Somalia, und Bundeswehrosoldaten fliegen in AWACS-Aufklärern als Kundschafter mit, um serbische Positionen zu bombardieren. US-Präsident Clinton ruft nach Luftangriffen und bereitet den Einsatz von 50 000 und mehr Soldaten in Bosnien vor. Doch jetzt gibt es was Neues im Westen: Die Feministen und Grünen trommeln in der ersten Reihe für die imperialistischen Kriegstreiber. Schon im Krieg am Persischen Golf befahl Kohl: kein „Antiamerikanismus“ – und gleich bei den nächsten „Antikriegs“-märschen hatten die Demonstranten Plakate „Wir sind nicht antiamerikanisch“ dabei ... bis die Bombardierung anfing, und dann hörten die Demos ganz auf. Sogar einige vorgebliche Linke unterstützten die Bombenteppiche auf die irakische Bevölkerung, im Namen der Verteidigung von Israel. Aber jetzt sind kleinbürgerliche „Progressive“ und ehemalige Pazifisten die *Stoßtruppen* bei dem Drang der Imperialisten geworden, deutsche Truppen wieder an die Front zu schicken.

In einem vom *Spiegel* moderierten Streitgespräch (1. Februar) mit General a. D. der Luftwaffe Manfred Opel (SPD) griff ihn Conny Jürgens, Führerin der Grünen in der Hamburger Bürgerschaft, an, weil er den Ruf der Grünen nach militärischer Intervention (gemeinsam erhoben mit solchen Verteidigern der „Menschenrechte“ wie Oskar Prinz von Preußen und Ferdinand Fürst von Bismarck) ablehnt: „Aber wenn es hart auf hart kommt, dann kneifen Sie, Herr General“, und verlangte: „Uno-Truppen sollten quasi als Polizei eingesetzt werden.“ Eine „Polizeiaktion“ nannte man den „UN“- (tatsächlich US-) Krieg in Korea 1950–53, der 6 Millionen Koreaner tötete. Jürgens et al. drängen auf den Einsatz deutscher Truppen, damit das Vierte Reich dort anfängt, wo das Dritte Reich, sogar nach dem Massaker an 1 700 000 Slawen in Jugoslawien, scheiterte: „Gerade wegen ihrer alten Schuld haben die Deutschen eine besondere Verpflichtung ... Die Bundeswehr sollte sich an solchen friedensschaffenden Maßnahmen beteiligen.“ Jetzt heißt ihre Parole: „Frieden schaffen mit Waffen.“

In der Front der Grünen-Realos/Feministen befinden sich solche prominenten Gestalten wie NDR-Hannover-Chefin Lea Rosh, Rupert Neudeck, Claudia Roth, Waltraud Schoppe, Ralf Fücks und Daniel Cohn-Bendit. Roth fordert auch „quasi ‚polizeiliche‘ Eingriffsmöglichkeiten“, um die Serben zu entwaffnen und ihre Führer als Kriegsverbrecher zu verurteilen. Grüne wie Eva Quistorp, Delegierte im Europaparlament, riefen letztes Jahr zur UN-Bombardierung von serbischen Flughäfen und Waffenfabriken auf. Und Neudeck von „Cap Anamur“, der sich zur Massenvergewaltigung am schrillsten geäußert hat, sagte knallhart: „Wozu haben wir eine Armee, wenn wir sie nicht einsetzen wollen?“ (*stern* Nr. 1/93).

Die „alternative“ *tageszeitung* weiß auch, wo sie bei den sich verschärfenden interimperialistischen Rivalitäten steht. Am 17. April schrieb sie: „Leider wird in der deutschen Öffentlichkeit kaum bemerkt, daß die Bildung eines Groß-Serbiens vor allem in Frankreich und Großbritannien keineswegs auf Ablehnung stößt, wird dort doch der größer werdende Einfluß Deutschlands in Osteuropa mit Argwohn betrachtet...“

Der Schlachtruf, den die Feministen hierzu erhoben

haben, ist: Massenvergewaltigung durch serbische Kräfte in Bosnien. Zweifellos hat es grauenhafte Überfälle auf nicht-serbische Frauen gegeben, insbesondere durch die sogenannten „Tschetnik“-Banden; diese sehen als ihre Vorbilder die serbischen Monarchisten, die gegen die kommunistischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg kämpften. Tausende von Frauen wurden vergewaltigt, Konzentrationslager wurden errichtet, massenweise wurde die Bevölkerung brutal umgesiedelt. Aber die Feministen und Grünen schlachten das Thema der weitverbreiteten Vergewaltigung für noch obszönere Zwecke aus. Sie stellen sich als „humanitär“ hin und benutzen Vergewaltigung als ideologische Keule, um das Vierte Reich moralisch wiederaufzurüsten und die deutsche Bevölkerung darauf vorzubereiten, die Bundeswehr hinzuschicken.

Zu diesem Zweck tagte am 6. Februar in Zagreb eine Konferenz mit etwa 600 Teilnehmern; sie wurde als „Internationale Frauen-Solidarität“ verkauft, forderte aber die militärische Intervention, um die Vergewaltigung in Bosnien zu stoppen. Organisiert wurde sie von Lea Rosh, deren militante feministische Rhetorik ihr auch in der *taz* Gehör verschafft. In TV-Talkshows hat „Vergangenheitsbewältiger“ Rosh darauf gedrängt, daß sich das „wiedervereinigte Deutschland“ zu seiner „Verantwortung“ bekennt und nicht mehr im „Schatten der Vergangenheit“ versteckt.

Man werfe nur einen Blick in das Verbrecheralbum deutsch-nationalistischer Politikerinnen, die sie eingeladen hatte. Rosh brüstete sich in SAT 1: „Wir gehen nach Zagreb ... mit vielen deutschen Ministerinnen“. CDU-Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth gehörte zu den Sponsoren. (Selbst Hillary Clinton schickte eine Grußadresse.) Es gab einen Pulk von SPD-Prominenz, darunter Herta Däubler-Gmelin, Regine Hildebrandt, Cornelia Schmalz-Jacobson, und Grüne wie Waltraud Schoppe und Eva Quistorp, die eine der schärfsten Militaristen der Grünen ist. Es gab niedersächsische Ministerinnen, eine österreichische Ministerin und keine geringere als Jutta Limbach (SPD), die tollwütige antikommunistische „Justiz“ministerin von Berlin, die gleich nach dem Flop ihres Schauprozesses gegen den ehemaligen DDR-Staatschef Erich Honecker nach Zagreb einritt.

Von Anfang an war diese Orgie von Bigotterie eine kroatische Kriegspropaganda-Show. Alle Serben waren ausgeschlossen. Die Konferenz konnte sich nicht auf eine Erklärung einigen, weil die Kroaten darauf bestanden, daß nur den Serben die Schuld für Vergewaltigungen und „ethnische Säuberungen“ gegeben werden sollte. Als die *einzig* serbische Frau (eine Gegnerin des Milosevic-Regimes) an das Mikrophon heranschlich, marschierten über 100 kroatische Frauen raus, obwohl sie auch *serbische* Soldaten verurteilte.

Welch Heuchelei zeigen die Feministen des Vierten Reichs! Die deutschen Sponsoren und ihre Parteien waren es, die zusammen mit FDP-Außenminister Genscher „Selbstbestimmung!“ für Kroatien und Slowenien schrien und Bonns europäische Verbündete unter Druck setzten, dies zu unterstützen: So wurde Jugoslawien zerstückelt und der blutige ethnische Krieg entfesselt. Dann zerhackten sie durch „verfassungsmäßigen“ Rassismus das Recht auf Asyl in Deutschland und schotteten die Grenzen gegen die Opfer des Krieges ab. Bevor Frauen einreisen konnten, hat Bonn sogar den *schriftlichen Nachweis der Vergewaltigung* verlangt.

Während des Zweiten Weltkriegs wußte die Bevölkerung in Jugoslawien, insbesondere Frauen und Minderheiten: Wenn Titos Partisanen mit dem roten Stern ankamen, warst du sicher. Im Gegensatz dazu verübten die kroatischen Ustaschi bestialischen Völkermord an den Serben. Auch die Tschetniks führten ihre „ethnischen Säuberungen“ durch, wenn sie nicht damit beschäftigt waren, Kommunisten umzubringen. Heute begehen auf dem Balkan nicht nur die Serben, sondern *alle* Seiten Greuelataten, aber zu Bonns rachsüchtiger Politik gegen die Serben paßt die Wahrheit nicht.

Die Linke wie die rechte Presse griff letzten Sommer den Aufschrei der Imperialisten über KZ-artige Bedingungen in den serbischen Kriegsgefangenenlagern auf, aber 40 bekannte ähnliche Lager der kroatischen Nationalisten wurden hartnäckig ignoriert. Die Feministen behaupten, daß 60 000 bosnisch-moslemische Frauen vergewaltigt worden sind; dabei stützen sie sich auf die Angaben kroatischer ultranationalistischer Frauenorganisationen. Im Januar 1992 erklärte eine besondere Untersuchungskommission der EG, daß es 20 000 waren, doch auch deren „Beweise“ wackeln. Sogar amnesty international hat scharf kritisiert, daß „das Thema der Vergewaltigung ... extensiv als Propagandawaffe eingesetzt“ wird.

Horst Schneider hat in der März-Ausgabe von *konkret* in aller Schärfe den Militarismus enthüllt, für den Grüne und Feministen das Thema der Massenvergewaltigung in Ex-Jugoslawien ausnutzen. Aber während des Golfkriegs haben Gremliza und Schneider für das US-Gemetzel am Persischen Golf getrommelt und dabei Israel unterstützt. Jetzt beschweren sie sich, daß Grüne/Feministen zur Vergewaltigung kuwaitischer Frauen durch Saddam Husseins Truppen schwiegen – eine der „Greuelataten“, die als Kriegspropaganda von den Massenmedien erfunden wurde.

Wie kommt's, daß die Veteranen der „Friedens“-bewegung jetzt die Falken sind? Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre drängten die gestärkten deutschen Imperialisten darauf, den ostdeutschen Arbeiterstaat *ökonomisch* zu unterminieren. Das war der Sinn der „Ostpolitik“ der SPD und die objektive Basis für eine proimperialistische „Friedens“-bewegung in Westdeutschland. Die Grünen und andere „linke“ SPD-Satelliten spiegelten diese Kräfteverschiebung wider und gaben sich offen dem wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus – in linker Färbung – hin. Diese Kräfte bejubelten alles, was nach Konterrevolution roch: von der DDR-„Friedens“-bewegung, unterstützt von SPD und Kirche, über die klerikal-reaktionäre Solidarność bis hin zu den feudalistischen Mudschaheddin-„Freiheitskämpfern“ in Afghanistan. (Heute interessieren sie sich überhaupt nicht für die verzweifelte Lage von afghanischen Frauen, die den mörderischen islamischen Fundamentalisten ausgeliefert sind.) Und nun, wo die Sowjetunion nicht mehr existiert und der deutsche Imperialismus durch die kapitalistische Konterrevolution enorm gestärkt wurde, drängen sie darauf, daß Deutschland durch Blut und Eisen einen „Platz an der Sonne“ erobert, entsprechend der angebrochenen Epoche der „Neuen Weltordnung“.

Für chronisch antisowjetische „linke“ Nationalisten, die sich jetzt überschlagen, um aus dem „Schatten der Vergangenheit“ herauszutreten, kommt das gefühlsgeladene Thema Massenvergewaltigung gelegen wie kein anderes, um einen ganz bestimmten Nerv zu treffen. Die Berichte im letzten Herbst über die Vergewaltigung moslemischer Frauen in Bosnien trafen in Deutschland „zufällig“ ein, als gerade der antisowjetische Film der Feministin Helke Sander über die Vergewaltigung deutscher Frauen durch Rotarmisten im Zweiten Weltkrieg anlief. Und was das heißt, er-



Imperial War Museum, London

Titos kommunistisch geführte Partisanen zerschlugen die Nazis und ihre mörderischen Ustascha-Henker, stürzten den Kapitalismus und überwandene nationale Konflikte in Jugoslawien

klärte Neudeck in einem Fernsehgespräch am 23. Januar, moderiert von ... Lea Rosh: „Wir erleben doch eine furchtbare Situation, eine Vergewaltigung eines ganzen Volkes.“ Er habe doch zusammen mit seiner Mutter, Großmutter und älteren Schwester „wirklich diese furchtbare Situation ... von Vergewaltigung in Deutschland auch erlebt“ (*konkret*, März 1993). 12 Jahre lang überflutete Nazi-Propagandaminister Josef Goebbels die deutsche Bevölkerung mit solchem Dreck über den slawischen „Untermenschen“: der „Iwan“, der darauf aus sei, die arische Weiblichkeit zu „schänden“. Neudecks Bild der „Geschichte“ wetteifert mit den abscheulichsten Nazi-Postern gegen die „bolschewistische Gefahr“, komplett mit geifernder „slawischer“ Fratze und rotem Stern.

Mit einem atemberaubenden Schlag stellt Neudeck die barbarischste Epoche der menschlichen Geschichte auf den Kopf. In diesem Krieg *zerschlug die Rote Armee Hitlers Drittes Reich* und befreite Europa vom faschistischen Alptraum – *Völkermord und „ethnische Säuberung“* mittels bestialischer industrialisierter Massentötung in einem Ausmaß, das in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel ist. Die Vergewaltigungen, die von der Roten Armee begangen wurden, lassen sich größtenteils auf Stalins nationalistische Politik zurückführen und wurden gespeist aus einem elementaren Wunsch nach Rache für die verbrannte Erde von Hitlers Unternehmen Barbarossa. Es ist bekannt, daß Offiziere der Roten Armee Soldaten erschossen, die vergewaltigt haben – im Gegensatz zur Politik der imperialistischen Alliierten im Westen.

Die Bestialität der mit den Nazis verbündeten Ustaschi – Todeslager wie Jasenovac, wo der Holocaust gegen Serben und Roma nicht maschinell, sondern von Hand mit Brachialgewalt durchgeführt wurde – ekelte sogar Hitlers Offiziere. Die Ustaschi wurden durch *die Partisanen unter Tito* zerschlagen. Und dies ist die alte Rechnung, die der wiedervereinigte deutsche Imperialismus begleichen will – mit Hilfe seiner feministischen Freunde und der Absolventen seiner Friedensbewegung. ■

Jelzins Blutmai

Russisches Referendum: Der Morgen danach



Moskau, 1. Mai:
Jelzins Polizei provoziert schwere Zusammenstöße mit der Demonstration der „rot“-braunen Koalition

Reuters

Nachdem der russische Präsident Boris Jelzin durch seinen Sieg beim Vertrauensvotum am 25. April Oberwasser bekommen hatte, war noch keine Woche vergangen, da provozierten die Moskauer Miliz (Polizei) und die Truppen der OMON-Spezialeinheit einen blutigen Zusammenstoß mit mehreren tausend Anti-Jelzin-Demonstranten am 1. Mai in Moskau. Früher in der Woche hatte Jelzin angeordnet, daß der traditionelle Kundgebungsort am Roten Platz für alle Straßenproteste gesperrt wird. Doch als Demonstranten versuchen, zu einem anderen Platz in der Universitäts-Gegend in der Nähe der Lenin-Hügel zu marschieren, rückten Polizeilastwagen und berittene Bullen an, Knüppel schwingend und mit Wasserwerfern, um sie aufzuhalten. Die Jelzin-Gegner antworteten mit einem Hagel von Steinen und Mauerstücken.

Bei der blutigsten Straßenschlacht, die man in Moskau gesehen hat, seit Jelzin im August 1991 die Herrschaft an sich riß, wurden etwa 70 Demonstranten und eine größere Anzahl von Polizisten verwundet. Die Demonstranten, die einem Aufruf der „rot-braunen“ Nationalen Rettungsfront (NRF) gefolgt waren, skandierten: „Tod für Jelzin!“ Sie zogen zum „Weißen Haus“ des russischen Parlaments, das Hauptquartier für Jelzins proimperialistischen Gegenputsch von 1991 und jetzt das Zentrum der bürgerlichen Opposition gegen Jelzin, errichteten Barrikaden und hißten rote Banner sowie monarchistische Trikoloren in Weiß-Gelb-Schwarz.

NRF-Sprecher Ilja Konstantinow, der mit dem faschistoiden russischen Nationalen Sobor in Verbindung steht, warnte vor einem schärferen Zusammenstoß in der nächsten Woche am Tag des Sieges, der an den sowjetischen Sieg über Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg (von Stalin als der Große Vaterländische Krieg bezeichnet) erinnert: „Dies ist der Beginn des wirklichen Widerstands. Wir können sagen, daß man am 9. Mai OMON anders entgegneten wird. Mutterland oder Tod!“

An der Spitze des Demonstrationszugs marschierten mehrere gescheiterte Putschisten vom „Notstandskomitee“

des August 1991, gegen die letzten Monat schließlich das Gerichtsverfahren eröffnet und inzwischen auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist. Zwar machte ihr vermurkster „Perestroika-Putsch“ keinen Versuch, gegen Jelzins Konterrevolutionäre vorzugehen, sondern bahnte vielmehr Jelzins Machtergreifung den Weg; aber wir Marxisten verurteilen diesen antikommunistischen Prozeß, den der entstehende bürgerliche Staat gegen die Verlierer vom bürokratischen Trog führt.

Der blutige Zusammenstoß am 1. Mai war der Höhepunkt einer Woche, in der Mächtgern-Zar Boris eine Reihe von Maßnahmen ergriff, die darauf abzielten, nach dem Sieg beim Referendum vom vergangenen Sonntag die Macht zu festigen. Dazu gehörten das Verbot von Aktivitäten der Kommunistischen Partei in allen Staatsbetrieben und ein Erlaß, der die nationalistische Zeitung *Den* für ungesetzlich erklärt. Bei allem Wind, den die Nationale Rettungsfront macht, ist nicht dieses Koalitionspack von abgehalfterten Stalinisten und antisemitischen großrussischen Chauvinisten augenblicklich Jelzins Hauptsorge, sondern der parlamentarische Block der korporatistisch-nationalistischen Bürger-Union, dem die „Rot“-Braunen als Stoßtruppen dienen.

Zwei Wochen vor dem Referendum demütigte Jelzin öffentlich seinen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoi, einen Sprecher der Bürger-Union, als er ihm dessen Regierungs-Mercedes sowie die Leibwächter wegnahm und ihn seines Postens zur Beaufsichtigung der Landwirtschaft entthob. Ruzkoi seinerseits beschuldigte das Regime, von Korruption durchsetzt zu sein, und behauptete, daß Verteidigungsminister Pawel Gratschow illegal sowjetisches Militäreigentum in Ostdeutschland verkauft habe. Nach der Abstimmung erklärte Jelzin, sein Rivale leite nicht mehr den Regierungsausschuß gegen Korruption.

Jelzins Sieg beim Referendum gab dem Mächtgern-Starken-Mann sicherlich das, was er wollte: auf die vier zur Abstimmung gestellten Fragen die Antwort „Da, Da, Njet,

Da“ – 58 Prozent „Ja“ für seine Präsidentschaft, eine mit 53 Prozent unerwartet hohe Billigung seiner Wirtschaftspolitik der „Schockbehandlung“, nur weniger als die Hälfte für neue Präsidentschaftswahlen und 64 Prozent für Neuwahlen zum Kongreß. Jelzins imperialistische Zahlmeister kreischten vor Freude. „Dies ist ein sehr, sehr guter Tag“, sprudelte Clinton. Ein Leitartikel der *New York Times* (27. April) schwärmte: „Jelzins Vertrauen in das Volk wurde überwältigend erwidert.“ Um dieses Ergebnis zu erzielen, ließen Jelzins westliche Hintermänner alle Hemmungen fallen.

Die New Yorker Werbeagentur Saatchi and Saatchi führte „verdeckt“ Jelzins Medienkampagne, die das öffentliche Fernsehen für einen „unaufhörlichen Strom von Regierungspropaganda“ (Londoner *Guardian*, 26. April) einspannte. Jelzin wurde „zu Hause“ mit seiner Frau gezeigt in einer bescheidenen Dreizimmerwohnung – während die Regierung 100 Millionen Rubel pro Monat ausgibt, um ihm ein verschwenderisches neues Penthouse mit Tennisplatz und Swimmingpool einzurichten. In den Tagen vor der Abstimmung verdoppelte Jelzin die Renten, nahm die Mieterhöhungen zurück, erhöhte die Subventionen für die Bergbauindustrie und versprach den Veteranen mehr Geld. Er versprach auch, die Privilegien der Kosaken wiederherzustellen und pries diese zaristischen Pogromisten als „eines der wichtigsten Kerne des neuen demokratischen Rußlands“.

Inzwischen trugen die imperialistischen G7-Mächte ihr Scherflein bei und versprachen ein neues Hilfspaket von 28 Milliarden Dollar, während die Weltbank noch eine Milliarde drauflegte, um Rußlands Ölquellen weiter sprudeln zu lassen. Selbst dann stimmten viele nur deshalb für Jelzin, weil ihnen die Possen des Kongresses sogar noch mehr zum Hals raushingen und sie eine „starke Hand“ wollten.

Am Vorabend des Referendums vertrat die Internationale Kommunistische Liga den Standpunkt, daß es im Interesse der Arbeiter ist, wenn Jelzin eine Niederlage erleidet, die sich gewaschen hat, und rief dazu auf, bei den vier Fragen mit „Njet, Njet, Da, Da“ zu stimmen. In einem früheren Artikel („Jelzin trifft seinen Lehnsherrn“, *Spartakist* Nr. 102) bemerkten wir, „die implizit angebotene Alternative ist die Unterstützung der nationalistisch-korporatistischen Politik der oppositionellen ... Bürger-Union“, und schrieben: „Die russischen Arbeiter haben vom Ergebnis dieses Referendums, der Fortsetzung eines Machtkampfes zwischen zwei Flügeln der kapitalistischen Konterrevolution, nichts zu gewinnen.“ Zwar kann die Arbeiterklasse weder dem imperialistischen Handlanger Jelzin noch seinen korporatistisch-nationalistischen Gegnern politische Unterstützung geben, doch diese allgemeine Erklärung ging nicht angemessen auf die *besonderen* im Referendum gestellten Fragen ein.

Die *New York Times* (26. April) stellte fest, daß mit „Njet, Njet, Da, Da“ Anti-Jelzin-Wähler stimmen würden, „die in die Richtung Die-Pest-möge-über-euch-alle-kommen neigen“. Jeder klassenbewußte Arbeiter würde sicher „Njet“ zu Jelzin und seiner Wirtschaftspolitik sagen, die auf die Verelendung der Bevölkerung und die Zerstörung der Industrie hinausläuft. Und während wir aus abstrakter Demokratie keinen Fetisch machen, konnte unsere Antwort, als sich die Frage nach Neuwahlen von Präsident und Parlament stellte, nur Ja sein. Wo Rußland jetzt ein kapitalistischer Staat ist – dazu noch einer, in dem alle konkurrierenden bürgerlichen Kräfte eine bonapartistische Herrschaft zu errichten versuchen –, ist es für die revolutionäre Partei notwendig, in bezug auf demokratische Formen äußerste Wachsamkeit beizubehalten.

Marc Cooper erfaßte in der *Village Voice* (4. Mai) die Atmosphäre des russischen Referendums, als er erklärte, der Gewinner sei ... „General Augusto Pinochet“, der

chilenische Militärdiktator. Wie ein Moskauer aus dem Kiez, den Cooper interviewte, über Jelzin sagte: „Nach dem Referendum, Vorsicht. Mit einem Vertrauensvotum in der Tasche und unfähig, seine Revolution demokratisch durchzusetzen, könnte er beschließen, die Armee zu rufen und es mit Gewalt zu versuchen.“ Fünf Tage nach der Abstimmung beorderte Jelzin 88 regionale Führer nach Moskau, damit sie seinen Entwurf einer neuen Verfassung unterstützen, die eine halbbonapartistische „Präsidentialrepublik“ absegnen und die Legislative durch eine zahnlose „Vertretungs“-körperschaft aus zwei Kammern ersetzen würde, deren Unterhaus passenderweise Staatsduma hieße. Die Duma war eine impotente „beratende“ Versammlung, die vom letzten Zar, Nikolaus II., als ein „demokratisches“ Beruhigungsmittel nach der Revolution von 1905 eingerichtet (und wiederholt aufgelöst) worden war.

Um die Unterstützung der regionalen Führer zu kriegen, ist Jelzin bereit, die zentrifugalen Kräfte zu verstärken, die das Land auseinanderreißen und den Handlungsspielraum der Zentralregierung stark einengen. Eine Reihe von Bezirken hatte bereits eine fünfte Frage zum Referendum hinzugefügt, für regionale Autonomie oder Unabhängigkeit, und einige, wie das sezessionistische Tschetschenien, führten einen vollständigen Boykott durch. Inzwischen wird Jelzins „Privatisierungs“-plan die Industriebasis des Landes zerstören und Rußland in einen neokolonialen Lieferanten von Öl und anderen Rohstoffen an die Imperialisten verwandeln. Aber obwohl Korporatisten wie Ruzkoi davon reden, die Schwerindustrie des Landes und einen starken russischen Staat zu erhalten, wären sie genauso abhängig vom Imperialismus. Inzwischen wirbt Ruzkoi offen für eine bonapartistische Herrschaft und schwört, daß „Recht und Ordnung in einem starken Staat wiederhergestellt werden muß“.

Wie wir in „Dogfight in Moscow“ („Nahkampf in Moskau“, *Workers Vanguard* Nr. 572, 26. März) schrieben: „Die Arbeiterklasse muß gegen Maßnahmen, die sie unter das Joch einer bonapartistischen Diktatur spannen sollen, aus welcher Ecke sie auch kommen, Widerstand leisten.“ Nur eine sozialistische Revolution, die alle konkurrierenden Fraktionen des entstehenden bürgerlichen Staats wegfegt, kann die sowjetischen Werktätigen retten, deren bloße Existenz durch die verheerenden Folgen der Konterrevolution bedroht wird. Der Schlüssel liegt in der Bildung einer wirklich kommunistischen Partei, die auf der Grundlage der Prinzipien von Lenin und Trotzki die multinationale Arbeiterklasse von Rußland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zur Macht führt. Für eine kollektivierte Planwirtschaft auf der Grundlage der Sowjetdemokratie und des revolutionären Internationalismus!

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 575, 7. Mai

NEU!
 Nr. 42, Frühjahr/Sommer 1993
 DM 2,- (48 Seiten)

Englischsprachige Zeitschrift
 der Frauenkommission
 der Spartacist League/U.S.

Abonniert:
 3 Ausgaben DM 7,-
 Luftpost DM 10,-

Bestellt bei:
 SpAD, Postfach 51 06 55
 1000 Berlin 51
 Postgiro Frankfurt/Main
 Konto 11988-601
 BLZ 500 10060



„Schwerverbrechen lesbische Liebe“ in Las Vegas

von John Roemer

Dieser Artikel erschien zuerst in San Francisco in SF Weekly (24. März) und wurde mit Genehmigung des Autors in Workers Vanguard Nr. 573 (9. April) abgedruckt.

Nina Hartley, Porno-Star aus Berkeley, und 10 weitere Frauen wurden letzten Monat des Verbrechens der lesbischen Liebe angeklagt, weil sie bei einer Unterwäsche-Show in Las Vegas Oral-Sex hatten. Der Staatsanwalt berief sich auf ein archaisches Gesetz des Bundesstaats Nevada, das „niederträchtige Verbrechen wider die Natur“ verbietet, um seine Anklage gegen die Frauen zu begründen.

Hartley, die ein hohes Profil als Kämpferin gegen die Zensur sexueller Ausdrucksformen hat, macht sich über ihre Verhaftung lustig. „Was für eine Vorstellung“, lachte sie bei einem Interview letzte Woche. „In welchem Jahrhundert ist Nevada eigentlich? Waren die letzten 30 Jahre für nichts und wieder nichts?“

Der Ärger begann im Januar bei der jährlichen Konsumelektronik-Show, wo die Friends of X-rated Entertainment (Freunde der pornographischen Unterhaltung) eine Unterwäsche-Show machten, um Geld für die Sache der sexuellen Freiheit zu sammeln. Der *Las Vegas Sun* zufolge zahlten 800 bis 1500 Leute 10 Dollar pro Person und drängten sich in ein großes Zelt hinter dem Pure Pleasure Book & Video Store (Buch- und Videoladen Reines Vergnügen), um die Show zu sehen. Die Gewinner einer Tombola zogen den Darstellerinnen den Bikini mit den Zähnen aus, und manche aus dem Publikum hatten Geschlechtsverkehr mit den Darstellerinnen, berichtete die Zeitung.

Bis zu 10 Zivilbulln sahen die Show und verhafteten dann die Frauen unter der Anklage des Vergehens der Prostitution, obwohl es sich um eine Wohltätigkeitsveranstaltung handelte und die Frauen nicht bezahlt wurden. Nachdem die Staatsanwälte sich die Videobänder der Vor-



mit Genehmigung von Nina Hartley

stellung angeguckt hatten, beschlossen sie, den Fall vor ein Großes Geschworenengericht zu bringen; dieses erhob die verschärfte Anklage des Verbrechens, weil die Tat lesbische

Viva Nina!

Der folgende Brief von Nina Hartley erschien in Workers Vanguard Nr. 574, 23. April.

Ein Buch kam vor ein paar Jahren heraus, das von der KP in Alabama handelt und in dem meine Großeltern ziemlich häufig erwähnt werden (siehe: Joe und Esther Gelders). Sie waren stark engagiert bei antirassistischer Organisation. [Birminghams berüchtigter Polizeipräsident] „Bull“ Connor und der KKK schlugen meinen Großvater bei drei verschiedenen Gelegenheiten zusammen und ließen ihn das letzte Mal im Glauben, er sei tot, liegen. Er erholte sich, es war knapp, und sie fuhren nach Westen.

Meine Eltern waren auch in der Partei. 1956 wurde mein Vater zum „House Un-American Activities Committee“ [McCarthy-Ausschuß] vorgeladen, wo er sich standhaft weigerte, von irgend jemandem den Namen zu sagen. Er wurde auf die schwarze Liste gesetzt, verlor seine Radiosendung in S.F., und eine vielversprechende Laufbahn beim Rundfunk wurde zerstört.

Ich will der Spartacist League für ihre mutige Verteidigung des Rechts auf freie sexuelle Darstellung danken. Eure Position ist in der Linken einzigartig. Mein Mann informiert mich, daß Ihr die einzige marxistische Gruppe seid, die aktiv Pornographie verteidigt. Ihr ver-

steht den Zusammenhang zwischen sexueller Freiheit/Gleichheit und Sozialismus. Danke! Eure Unterstützung für mich wird sehr gebraucht und geschätzt.

Lang lebe der Sozialismus!
Nina Hartley

Workers Vanguard antwortet: Wir danken Nina Hartley für ihren freundlichen Brief und weisen Leser auf *Hammer and Hoe* von Robin D.G. Kelley (University of North Carolina Press, 1990) hin, die maßgebliche Geschichte über die Arbeit der Kommunistischen Partei in Alabama während der Weltwirtschaftskrise. Ninas Großeltern, Joe und Esther Gelders, spielen eine bedeutende Rolle, besonders bei der Führung des National Committee for the Defense of Political Prisoners (Nationalkomitee für die Verteidigung politischer Gefangener).

Die Spartacist League und das Partisan Defense Committee stellen sich gegen alle Versuche des Staates, Sexualität zu verbieten, besonders sexuelle Praktiken und ihre Darstellung in der Pornographie. In dem Fall eines Buchverkäufers aus Fort Wayne, gegen den wegen „Obszönität“ und „Verschwörung“ Anklage erhoben wurde, legten die SL und das PDC 1988 ein Schreiben *Amicus curiae* (ein dem Gericht vorgelegtes Gutachten) vor. Wir bitten unsere Leser eindringlich, Spenden zu schicken (siehe Seite 9), um Nina und ihren Mitangeklagten bei der Bezahlung der Verfahrenskosten zu helfen.

Berlin: Autonome Polizeireserve für Limbach/Heckelmann

BERLIN — Die „revolutionäre 1.-Mai-Demonstration“ zieht gerade vom Oranienplatz los, da fliegen Steine und Flaschen auf eine Gruppe von Linken, überwiegend Immigranten. Etwa 20 von ihnen, Unterstützer der maoistischen Revolutionary Internationalist Movement (RIM), scharen sich um ihren Lautsprecherwagen und rufen: „Nie wieder Deutschland“. Darauf kommen von allen Seiten die deutschen Angreifer zu Hunderten mit dem Schlachtruf: „Nie wieder Stalin“. Ein Überfall von Nazis, die sich für den Sieg der Roten Armee gegen Hitler-Deutschland rächen wollen, den die Sowjetunion trotz Stalin erkämpfte?

Nein, es sind „autonome“ Bluthunde. Ihr pogromartiger Überfall ist vom Lautsprecherwagen des autonomen Frauenblocks aus angestachelt worden: Der Versuch der maoistischen RIM, sich mit ihrem „nicht genehmigten“ Lautsprecherwagen kurz vor dem Ende des Demonstrationszugs einzureihen, wird als „Provokation“ gegen die Demo verurteilt. Bei so viel Ordnungssinn sind auch bald Innensenator Heckelmanns Ordnungshüter, die mit Republikaner-Faschisten verseuchte Polizei, zur Stelle.

Die Bullen umzingeln die RIM und wollen ihr die Fahnenstangen wegnehmen. Einen RIM-Anhänger holen sie vom Dach des Lautsprecherwagens und zertrampeln die Fahnenstange, bis sie kaputt ist. Den Wagen fahren sie aus dem Demozug „unter dem heftigen Beifall der Autonomen“ (*Neues Deutschland*, 3. Mai). Genossen der SpAD protestierten gegen den antikommunistischen Überfall und riefen „Polizei raus aus der Demo!“. Wir verteilten Flugblätter zur Verteidigung der RIM vom Dezember letzten Jahres, wo eine bewaffnete Schlägerbande von sogenannten „Autonomen“ ebenfalls den RIM-Block überfallen hatte.

Kurz darauf folgte der erste brutale Polizeiüberfall auf den gesamten Demozug, mit Tränengas-Einsatz und Wasserwerfern. Polizei und Bundesgrenzschutz schlugen wiederholt auf die Demonstranten ein, nahmen Leute fest. Von den anfangs 10 000 Teilnehmern blieben immer weni-

ger übrig. Schließlich wurde die Demo von den Veranstaltern selbst vorzeitig aufgelöst. Zur gleichen Zeit marschierten in Friedrichshain etwa 100 Nazis von der FAP, weiträumig geschützt durch die Polizei. Und nach Mitternacht formierten sich in der Nähe vom Oranienplatz zwei Dutzend BGSler und grölten das Nazi-„Horst-Wessel-Lied“.

„Autonome loben die Polizei“, titelte der *Tagesspiegel*, als autonome Schläger die gesamte Demo für den Bullenüberfall öffneten. Hinter diesem wütenden Antikommunismus steht die SPD-geführte Hexenjagd des deutschen Imperialismus, an der sich ein Großteil der Autonomen beteiligt (siehe „Autonome in der Sackgasse“, *Spartakist* Nr. 100, Januar). Bereits im November 1992 griffen Autonome nach der Ermordung von Silvio Meier durch Faschisten den SpAD-Block an, weil wir „Freiheit für Erich Honecker!“ und „Die Arbeiterklasse wird Silvio Meier rächen!“ riefen.

Zwei Tage vor dem 1. Mai, bei einer Veranstaltung an der Humboldt-Universität mit dem mutigen Rechtsanwalt Klaus Croissant — der in den 70er Jahren die RAF-Gefangenen verteidigte —, blies ein Westberliner Autonomer zur Hetzjagd auf ihn. Wie SPD-Justizsenatorin Limbach griff er Croissant an, weil er laut Anklageschrift für die Stasi spionierte haben soll — und zwar ausgerechnet unter Linken, für die der bürgerliche Staat normalerweise Stammheim und Bullenterror bereithält! Die DDR habe auch „Machtstrukturen“ gehabt, jammerte der Autonomer. Wie Croissant sagte, ist solchen „linken Staatsanwälten“ nicht zu trauen.

Die 20 000 Gewerkschafter — darunter viele Immigranten —, die am 1. Mai zum Lustgarten gezogen waren, sind Teil der enormen sozialen Macht der Arbeiterbewegung, die Nazi-Aufmärsche wie in Friedrichshain stoppen kann. Doch die DGB-Bürokraten kochten den 1. Mai zum Volksfest herunter, und das am Vorabend der Streiks in der ostdeutschen Metallindustrie. Die Spartakisten kämpfen dafür, die Kraft der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Faschisten zu zerschlagen. ■

Liebe beinhaltete, sagte John Lukens, der erste stellvertretende Bezirksstaatsanwalt von Las Vegas. „Die lesbische Liebe machte es zum Verstoß gegen das Gesetz über ‚niederträchtige Verbrechen wider die Natur‘.“

Doch lesbische Liebe allein führte nicht zur Anklage. „Wenn zwei Damen in der eigenen Wohnung ein Verhältnis haben wollen, ist das vielleicht illegal, aber man müßte schon einen anderen Staatsanwalt finden, der diesen Fall bearbeitet. Ich würde es nicht tun“, sagte Lukens.

Das Große Geschworenengericht erhob die Anklage, weil die Tat in der Öffentlichkeit und für Geld begangen wurde in Las Vegas, einem der wenigen Verwaltungsbezirke im Staat, wo Prostitution und Homosexualität illegal sind. „Wir hatten noch nie eine Live-Sexshow dieser Art in Las Vegas“, behauptete Lukens.

Dominic Gentile, der Rechtsanwalt aus Las Vegas, der die 11 Angeklagten vertritt, sagte, sie seien zur strafrechtlichen Verfolgung herausgegriffen worden. „Es gab heterosexuelles Verhalten auf diesen Bändern, doch niemand wird deshalb strafrechtlich verfolgt, und es wurde auch kein Mann aus dem Publikum verhaftet“, sagte er.

Gentile plant auch, das Vegas-Gesetz gegen Homosexualität anzufechten. „Ich habe den besten Fall der Welt, um diesen Paragraphen zu testen“, sagte er. Eine seiner Klientinnen, Beatrice Valle, ist französische Staatsbürgerin. „Wenn sie nach Hause fährt, könnte sie niemals ausgeliefert werden, weil Frankreich seine Gesetze über widernatürliche Unzucht 1791 abgeschafft hat“, sagte er.

Gentile fügte hinzu, daß die Videobänder in den Polizeikreisen von Vegas unter der Hand ein heißer Renner sind. Ein privater Bullenklub zeige das Band jeden Abend, sagte er.

Der erfahrene Anwalt sagte, er fürchte Beweise auf Band gegen seine Klienten. „Normalerweise zucke ich zusammen, wenn ich auf Band sehe, wie mein Gangsterklient einen Mord androht“, sagte er. „Doch ausnahmsweise einmal freue ich mich sehr, dieses Band zu haben. Es zeigt eindeutig, wie eine Menge angeblicher Opfer eine wunderschöne Zeit hat, ohne daß ihnen irgend jemand die Pistole an den Kopf hält, um sie dazu zu bringen, meine Klienten zu beobachten.“

Workers Vanguard bemerkt: Falls die Frauen verurteilt werden, drohen ihnen Strafen von jeweils bis zu 12 Jahren Gefängnis. Die bizarre sprunghafte Verschärfung der Anklagen bei diesem Fall ist ein Rachezug für „Familienwerte“, so wie die von der Mafia gegründete „Sündenstadt“ versucht, sich herauszuputzen und Mutti und die Kinder mit Versprechungen über ein „gesundes“ Disneyland in der Wüste anzulocken. Nach Bobby Lilly, dem Vorsitzenden der Californians Against Censorship Together (Kalifornier gemeinsam gegen Zensur), einer Gruppe, die die „erotischen Elf“ verteidigt, liegen die Anwaltsgebühren bereits über 30 000 Dollar. Schickt Spenden, um zu helfen, die Verfahrenskosten der Frauen zu bezahlen, ausgestellt auf „The Freedom Fund“ (Der Freiheitsfonds), an: Bobby Lilly, 2550 Shattuck Avenue No. 51, Berkeley, CA 94704. ■

Kapitalisten greifen „Sozialstaat“ der Nachkriegszeit an Arbeiter protestieren in ganz Westeuropa

Während des vergangenen Monats hat Westeuropa, vom Mittelmeer bis zur Ostsee, einen dramatischen Aufschwung von Arbeiterstreiks und -protesten erfahren. In Ostdeutschland haben Warnstreiks von Metall- und Stahlarbeitern Zehntausende mobilisiert, die Straßen, Brücken und Faktore blockierten. Britische Eisenbahnarbeiter haben den Betrieb innerhalb von zwei Wochen zweimal lahmgelegt. Während des europaweiten Gewerkschaftsaktionstages am 2. April wurden in Italien Schulen, Flughäfen, Eisenbahnen und öffentliche Gebäude geschlossen und stillgelegt.

Diese Arbeitskämpfe sind Teil der wachsenden sozialen Unruhe im Europa nach dem Kalten Krieg. Der dramatischen Niederlage der französischen Sozialdemokratie bei den Parlamentswahlen vom März und dem Sieg des rechten Flügels folgte kurz danach die Ermordung jugendlicher Angehöriger von Minderheiten durch die Polizei. Spaniens „sozialistische“ Regierung ist dabei, ihre Mehrheit zu verlieren. Das politische Regime Italiens, das seit dem Zweiten Weltkrieg durch mehr als 50 Regierungen Bestand hatte, bricht zusammen. Auf faschistische Angriffe und Pogrome gegen Immigranten in Deutschland folgten große antifaschistische Demonstrationen.

Dieser vielseitige Aufruhr ist direkt oder indirekt das Ergebnis der Konterrevolution in Osteuropa sowie der früheren Sowjetunion und einer allgemeinen kapitalistischen Wirtschaftskrise im Westen. In Ermangelung eines gemeinsamen Feindes wie im Kalten Krieg haben sich die inner-imperialistischen Rivalitäten verschärft, nicht nur Europa kontra Amerika kontra Japan, sondern auch zwischen den europäischen Bourgeoisien. Massenarbeitslosigkeit wird kombiniert mit Angriffen auf die Sozialprogramme der Nachkriegsära durch eine herrschende Klasse, die sich durch die Zerstörung der Sowjetunion ermutigt fühlt. Sozialdemokratische Parteigänger der NATO dachten, sie hätten als Ergebnis des Zusammenbruchs des sowjetischen Stalinismus blühende Aussichten. Aber das Gegenteil ist geschehen, da die Bourgeoisie ihre Agenturen in der Arbeiterbewegung für immer entbehrlicher und den vielgepriesenen „Sozialstaat“ für teure und inzwischen überflüssige Betriebskosten hält.

Der Kalte Krieg und der Sozialstaat

Allen Beschönigungen eines angeblich fundamental reformierten Kapitalismus („soziale Marktwirtschaft“ in Deutschland, Schwedens „dritter Weg“ usw.) ist jede Grundlage entzogen. Selbst die elementarsten sozialen Kämpfe verlagern heute nach einer revolutionären Führung.

Es gibt eine weitverbreitete Stimmung in ganz Westeuropa, vor allem unter den Jugendlichen, daß mit der Sozial- und Wirtschaftsordnung etwas ziemlich schiefgegangen ist. Unter den Verlierern der nach dem Ende des Kalten Krieges entstandenen Ordnung verbreitet sich eine Stimmung der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, die zum Beispiel im vergangenen August zu den Pogromen gegen Immigranten in Rostock führte, die von Hunderten Zuschauern beklatscht wurden. Faschistische Parteien kanalisieren die wirtschaftlichen Ängste und Ressentiments in Angriffe auf dunkelhäutige „Ausländer“ und Minderheiten. Das eigentliche Ziel der Faschisten, die sich jetzt an rückständige Arbeiter wie auch an arbeitslose Jugendliche wenden, ist die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung. Kurz gesagt, auf die kapitalistische Konterrevolution gegen die bürokratisch beherrschten Arbeiterstaaten in Osteuropa folgt



Reuters

Turin: Streiks und Demonstrationen erschüttern seit Wochen Italien

eine kapitalistische Offensive gegen die bürokratisch geführten Arbeiterbewegungen in Westeuropa. Und die Bürokraten haben keinen Schimmer, was sie dagegen tun sollen.

Der Komplex der unter dem Namen „Sozialstaat“ bekannten Sozialprogramme – kostenloses oder preiswertes Gesundheitswesen, staatliche Renten, Arbeitslosenversicherung – wurde *nicht* durch gewerkschaftliche Kämpfe oder sozialdemokratische Lobby-Politik errungen. Sie waren eine Antwort der westeuropäischen Bourgeoisie aus Angst vor einer sozialen Revolution unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Angst erhielt ihre besondere Note durch die bloße Existenz der Sowjetunion, die durch den Sieg der Roten Armee über Hitlerdeutschland gerade neues Ansehen gewonnen hatte, während große Teile der europäischen Bourgeoisien wegen ihrer Kollaboration mit den Nazi-Besatzern in Verruf geraten waren. Besonders in Südeuropa hatten die nationalen Kommunistischen Parteien gewaltig an Autorität in der Arbeiterklasse gewonnen.

Um die arbeitenden Massen mit der wertvollen Hilfe der Stalinisten (die in Frankreich und Italien den Nachkriegs-„Volksfront“-Regierungen mit kapitalistischen Parteien beitraten) und der Sozialdemokraten zu befrieden, mußte die Bourgeoisie ein weit besseres Angebot als die Vorkriegsverhältnisse der Weltwirtschaftskrise und des Aufstiegs des Faschismus machen. Gleichzeitig förderte und finanzierte der amerikanische Imperialismus sozialdemokratische Bürokraten in den Gewerkschaften und antikommunistische reformistische Parteien, um das NATO-Bündnis gegen den Sowjetblock zusammenschmieden.

In den 60er und frühen 70er Jahren gab es in Westeuropa eine erneute Periode der Instabilität, die aus einer Reihe langer, verllorener Kolonialkriege entstand – Algerien, Vietnam, Angola und Moçambique. Eine neue Generation militanter Arbeiter und linker Intellektueller trat hervor, die den traditionellen sozialdemokratischen und Moskauorientierten stalinistischen Parteien feindlich gegenüberstanden. In den romanischen Ländern Europas erreichte die Zeit der Radikalisierung ihre Höhepunkte mit den vorrevolutionären Krisen der Mai-Juni-Ereignisse 1968 in Frank-

reich und des „Heißen Herbstes“ in Italien im folgenden Jahr und später mit der portugiesischen Revolution 1974/75.

Um die bürgerliche Ordnung an der Südflanke der NATO zu stabilisieren, wurden größere Konzessionen an die Arbeiterklasse gemacht, während die Sozialdemokratie in dieser Region bewußt gestärkt wurde. Die Scala mobile (gleitende Skala der Löhne) war die Haupterrungenschaft der italienischen Arbeiter aus dem „Heißen Herbst“ 1969, in dem es ansatzweise zur Doppelherrschaft in den Fabriken der Lombardei und der Toskana kam. Die große Furcht der französischen Bourgeoisie vor dem Mai '68 führte zur Rekonstruktion der französischen Sozialdemokratie um François Mitterrand. Auf der Iberischen Halbinsel wurden die reaktionären Despoten von Franco und von Salazar durch sozialdemokratische Regierungen ersetzt.

Die Stützung der Südflanke der NATO legte die Grundlage für den zweiten Kalten Krieg in den frühen 80er Jahren, in denen die Sozialdemokratie Arm in Arm mit Reagan, Thatcher und Kohl marschierte. Dies wurde durch die unheilige Allianz zur Unterstützung der polnischen Solidarność deutlich, die von ihren Herren im Vatikan und im Weißen Haus bis zu den Kalten-Kriegs-„Sozialisten“ und dem Großteil der „extremen Linken“ reichte. NATO-Sozialdemokraten wie Mitterrand verherrlichten den „Sozialstaat“ als Teil der imperialistischen Propagandakampagne zur Unterminierung des Sowjetblocks. Den Arbeitern in Osteuropa wurde gesagt – und viele glaubten es –, daß die kapitalistische Restauration es ihnen ermöglichen würde, wie die Arbeiter in Westdeutschland und Skandinavien zu leben, den reichsten Regionen der imperialistischen Welt. In Wirklichkeit hat die Konterrevolution Osteuropa und die frühere Sowjetunion auf den Zustand von Neokolonien in der Dritten Welt degradiert.

Und in Westeuropa wird der sozialdemokratische Sozialstaat jetzt von einer Bourgeoisie angegriffen, für die er seine historische Nützlichkeit überlebt hat. Dieser Angriff wurde durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung intensiviert und beschleunigt. Besonders nach der Niederlage der portugiesischen Revolution, wobei die Friedrich-Ebert-Stiftung (nach dem SPD-Führer benannt, der für seine Äußerung bekannt ist, er hasse die Revolution wie die Sünde) eine Schlüsselrolle spielte, handelte Westdeutschland wie ein Pate der Sozialdemokratie auf der Iberischen Halbinsel. Spaniens Felipe González und Portugals Mário Soares waren Kreaturen der SPD. Durch die EG half Bonn, Sozialprogramme und Industriesubventionen in den ärmeren Mittelmeerländern zu finanzieren.

Aber die Annexion der DDR durch den deutschen Imperialismus änderte das alles. Mit der rachsüchtigen Demontage der industriellen Infrastruktur der DDR wurden Millionen von arbeitslosen Ostdeutschen auf Stütze gesetzt. Im letzten Jahr überwies Bonn 200 Milliarden DM an die östlichen Bundesländer, hauptsächlich für Arbeitslosenunterstützung, Rentenzahlungen für erzwungenen Vorruhestand und ABM, um z. B. Leute dafür zu bezahlen, daß sie dichtgemachte Fabriken abreißen. Der „Wiederaufbau“ der Ex-DDR wurde durch massive Schuldenpolitik finanziert, wobei Kapital aus dem übrigen Westeuropa durch von der Bundesbank hochgehaltene Zinsen angezogen wurde.

Der reiche Pate der Europäischen Gemeinschaft wurde zu deren Geizhals. Der Maastricht-Vertrag von 1991, der eine neue Ära der „europäischen Einheit“ proklamierte, ist jetzt Makulatur. Der Wunschtraum von Mitterrand und dem Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, daß die Bundesbank ihren finanziellen Reichtum mit Frankreich teilen würde, zerfiel im letzten Herbst zusammen mit dem europäischen Währungssystem.

Das deutsche Kapital ist zu einer treibenden Kraft für Sparpolitik und industriellen Rückzug in ganz Westeuropa

geworden. Zum Beispiel fordern Krupp und andere deutsche Stahl-Giganten ein Ende der Regierungssubventionen für die staatlichen Stahlindustrien in Italien und Spanien. Diese protektionistische Kampagne genießt die volle Unterstützung des sozialdemokratischen IG-Metall-Chefs Steinkühler, der ein „deutsches Stahlkonzept“ fordert.

Zusammenbruch des Stalinismus, Krise der Sozialdemokratie

Nirgendwo ist die Verbindung zwischen dem Zusammenbruch des Stalinismus, der zur Konterrevolution in Osteuropa führte, und dem Bankrott der Sozialdemokratie in Westeuropa klarer als in Frankreich. Während des letzten Jahrzehnts war François Mitterrand die Personifizierung eines antisowjetischen Sozialdemokraten. Tatsächlich legte er eine größere kriegslüsterne Feindschaft gegen Moskau an den Tag als seine bürgerlichen (gaullistischen und giscardistischen) Vorgänger im Elysée-Palast. Im Zuge der Zerschlagung der Sowjetunion hat Mitterrands Sozialistische Partei eine so verheerende politische Niederlage erlitten, daß ihre zukünftige Existenz in Frage gestellt ist.

Anfänglich versuchte das Mitterrand-Regime während der weltweiten Wirtschaftskrise 1982/83 eine Politik der wirtschaftlichen Expansion durchzuführen – sozusagen „Keynesianismus in einem Lande“. Banken und verschiedene große Firmen verstaatlichte es vor allem deshalb, um sie vor dem Bankrott zu schützen. Nach der voraussehbaren Kapitalflucht und zwei Franc-Abwertungen vollzogen die Pariser Sozialdemokraten in ihrer Wirtschaftspolitik eine Wende um 180 Grad zugunsten monetaristischer rigueur (Austerität) im Namen eines starken Francs. In der Folge bewegte sich die Arbeitslosigkeit im „sozialistischen“ Frankreich ein halbes Jahrzehnt lang um die Zehn-Prozent-Marke, bevor die aktuelle Rezession alles noch schlimmer machte. Die amerikanische *Business Week* (5. April) bemerkte, daß „deutsche Firmen wie Volkswagen und Thyssen mit den großen Entlassungen und Werkschließungen gerade erst beginnen, die in den 80er Jahren bei Renault und Usinor Sacilor [Stahl] stattfanden“.

Die Arbeitslosigkeit war das Thema, das die französischen Parlamentswahlen vom 22. März beherrschte, wobei nach einer Umfrage 70 Prozent der Wahlberechtigten dies für die wichtigste Frage hielten. Mitterrands Sozialmonetaristen wurden für den verkommenen Zustand der Wirtschaft bestraft, während die bürgerliche Rechte ihren

Fortgesetzt auf Seite 12

Nationale Schulung der SpAD in Berlin

14.00 Uhr

Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!

Zum Abschluß einer europaweiten Veranstaltungreihe spricht Renate Dahlhaus, Mitglied des Zentralkomitees der SpAD, über den Klassenkampf in Westeuropa.

18.00 Uhr

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

James P. Cannon war Amerikas bester kommunistischer Führer und dort 25 Jahre lang der zentrale Führer des Trotzismus. Die Schulung befaßt sich mit dem Fraktionskampf am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, den er zur Verteidigung des Marxismus und der Errungenschaften des russischen Oktobers führte. Es spricht Max Schütz, verantwortlicher Redakteur des *Spartakist*.

Sonnabend, 22. Mai

**Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
(U-Bhf. Nauener Platz)**

Für weitere Informationen: (030) 4927866

Westeuropa...

Fortsetzung von Seite 11

größten Wahlsieg seit einem Vierteljahrhundert errang. In der ersten Runde verringerte sich der Anteil der Sozialisten auf 19 Prozent, nicht viel höher als die 12,5 Prozent, die die faschistische Nationale Front von Jean-Marie Le Pen vernachlässigen konnte.

Die neue rechte Regierung — ein nicht allzu stabiler Block zwischen Gaullisten und Giscardisten — hat das Programm der Nationalen Front von einwandererfeindlichem Rassismus gegen nordafrikanische und schwarzafrikanische Bevölkerungsgruppen übernommen (siehe „Frankreich: Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigung!“, *Spartakist* Nr. 102, April). Der neue gaullistische Premier Edouard Balladur hat Pläne zur Privatisierung einer Reihe verstaatlichter Firmen angekündigt, was besonders unter den Bedingungen einer schweren Rezession Entlassungen, Kürzungen der Löhne und der Sozialleistungen und eine Verringerung der Kostenerstattung für ärztliche Behandlung und Medikamente bedeuten wird.

Das Ausmaß der Niederlage der Sozialistischen Partei am 22. März droht diese von Fraktionen zerrissene Wahlmaschine zu zerschlagen. Mitterrands offensichtlicher Nachfolger Michel Rocard ruft zum „großen Knall“ auf — der *Auflösung* der Sozialdemokraten in eine breitere politische Bewegung, die offen ist für Grüne, Liberale und jedermann, der sich links von der Mitte ansiedelt.

Die Kommunistische Partei (PCF), die einst die französische Arbeiterklasse dominierte, wurde auf ihren harten Kern von Anhängern in den „roten“ Vorstädten reduziert, wobei ihr Wählerpotential geringer ist als das der Nationalen Front. Angesichts der Demoralisierung und des Zerfalls der Sozialdemokratie hat sich die PCF in der allerletzten Zeit etwas erholt. Die PCF wird jedoch ihre frühere Position als *die* reformistische Partei des Proletariats nie wieder erlangen.

Angesichts der dramatischen Schwächung sowohl der Sozialdemokraten als auch der einstigen Stalinisten könnte der Widerstand der Arbeiterklasse gegen Angriffe des neuen rechten Regimes durchaus die Form von spontanen, militanten, von Aktivisten ohne klare politische Ausrichtung angeführten Kämpfen annehmen. Und aufgrund der allgemeinen Gleichsetzung des Marxismus-Leninismus mit Stalinismus könnten in Frankreich antiparlamentarische syndikalistische Strömungen wiederaufleben, die die französische Arbeiterbewegung in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg beherrschten.

In Italien sind die Bedingungen für das Wiedererstarben syndikalistischer Tendenzen und Haltungen innerhalb der Arbeiterklasse sogar noch günstiger. Wie in Frankreich, waren anarchistische und syndikalistische Gruppierungen innerhalb der italienischen Arbeiterbewegung in der Ära vor 1914 stark. Und während der Radikalisierung der 60er und frühen 70er Jahre tauchten solche Strömungen erneut auf. Heute hat die italienische Arbeiterklasse abermals eine große Kampfbereitschaft an den Tag gelegt und trotz den reformistischen Parteien und Gewerkschaftsführern. Als der rechte sozialistische Ministerpräsident Giuliano Amato im letzten Herbst ein neues Austeritätsprogramm von „Blut und Tränen“ verkündete, strömten Hunderttausende Arbeiter auf die Straße, denen sich Rentner und Studenten anschlossen, und bewarfen die verräterischen Gewerkschaftsführer mit Münzen.

Diese tumultartigen Klassenkämpfe finden zu einer Zeit statt, in der die gesamte politische Nachkriegsordnung Italiens zusammengebrochen ist. Seit die US-Armee 1944 in Rom einmarschierte, hat die starke Hand des amerikanischen Imperialismus die politische Szenerie der Halbinsel

ausgerichtet. Washington war entschlossen, die mächtige Kommunistische Partei aus der Regierung fernzuhalten, selbst als die jämmerliche reformistische PCI Mitte der 70er Jahre darum bat, lediglich Juniorpartner der Christdemokraten werden zu dürfen (der sogenannte „historische Kompromiß“). Der Kalte Krieg bedeutete in Italien eine fortgesetzte Koalition korrupter und verfeindeter Cliquen der Christdemokraten und Sozialdemokraten.

Während der Auflösung des Sowjetblocks und der damit einhergehenden Spaltung in der PCI löste sich der antikommunistische Kleister auf, der Italiens herrschende Cliquen zusammenhielt. Rom ist Schauplatz einer Orgie von politischen Korruptionsskandalen, bei denen ein Drittel der Parlamentsabgeordneten wegen Annahme von Schmiergeldern und Nebeneinnahmen untersucht wird. Die italienische Bourgeoisie möchte sich des parasitären, von Fraktionen zerklüfteten Parteiapparats der Christdemokraten und der aufgedunsenen Bürokratie der verstaatlichten Industrie entledigen und sie durch einen wirkungsvolleren Regierungsapparat und einen „starken Staat“ ersetzen, vorzugsweise durch eine Art von Präsidialbonapartismus. Aber im Moment regiert das Chaos.

Auch die italienische Arbeiterbewegung befindet sich im Zustand der Unruhe. Im Zuge der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands spaltete sich die Kommunistische Partei, die jahrzehntlang die größte Westeuropas war. Die kleinere, sich eher links gebende Rifondazione Comunista (RC) kapitulierte im letzten Herbst in grotesker Weise vor Amatos Austerität und verleumdete die Arbeiter, die auf die Straße gingen, als gewalttätig. Der bedeutendste Gewerkschaftsbund CGIL, geführt von ehemaligen eurokommunistischen Mietlingen, ist weitgehend diskreditiert, und es sind verschiedene Gruppierungen von militanten Fabrikarbeitern zum Vorschein gekommen, wie die Comitato di Base (Basiskomitees).

Im letzten Februar folgten 200 000 Arbeiter dem Aufruf der Vereinigten Fabrikräte, zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze auf Rom zu marschieren. An ihrer Spitze standen 300 Kohlekumpel aus dem Sulcis-Bergwerk in Sardinien, dem Ort einer dramatischen Werkbesetzung. Als ENI, der riesige staatliche Konzern, der das Bergwerk betreibt, Pläne verkündete, die Belegschaft um die Hälfte zu reduzieren, ketteten sich neun Bergarbeiter 46 Tage lang in der Zeche an, während die gesamte Gemeinde in der Umgebung zu ihrer Unterstützung eilte. Während der Februardemonstration riefen Tausende Arbeiter zum Generalstreik auf. Angesichts der tiefen politischen wie auch wirtschaftlichen Krise würde ein Generalstreik in Italien die Frage stellen, welche Klasse die Macht haben soll. Selbst ein eintägiger Protest, den die Gewerkschaftsspitzen zum Dampfablassen organisieren würden, könnte außer Kontrolle geraten.

Es ist gerade die zentrale Frage der politischen Macht, die von syndikalistischen Programmen und Vorurteilen geleugnet wird. Auf einer bestimmten Ebene dient Syndikalismus als ideologische Rechtfertigung für reine Gewerkschaftsmilitanz oder, in leninistischen Begriffen, militanten Ökonomismus. Militanter Ökonomismus kann nur dann effektiv sein, wenn die Kapitalistenklasse bereit ist, über die Bedingungen der Ausbeutung zu verhandeln. Wenn ein multinationaler Konzern entschlossen ist, eine Fabrik zu schließen, oder eine bürgerliche Regierung, ein staatliches Bergwerk dichtzumachen, dann fehlt Streiks, Protesten und selbst Besetzungen die wirtschaftliche Macht. Auf einer noch grundsätzlicheren Ebene des Klassenkampfes bietet militanter Ökonomismus keine Verteidigung gegen ein bonapartistisches Regime, das bereit ist, Arbeiterführer zu töten, zu verhaften und zu foltern.

Außerdem ist rein gewerkschaftliche Militanz notwendigerweise national ausgerichtet und hat als solche eine orga-

Zivilbullen greifen Jugendlichen an, der gegen Mord an einem afrikanischen Jugendlichen auf einer Polizeistation protestiert



Grégoire Korganov

nische Tendenz zum wirtschaftlichen Nationalismus. Das syndikalistische Programm, das grundsätzlich die Notwendigkeit der zentralisierten Wirtschaftsplanung auf internationaler Grundlage leugnet, bietet keine Antwort auf die reformistischen Fürsprecher von Protektionismus und Handelskrieg – der Illusion, daß die Interessen der Arbeiter in einem Land auf Kosten der Arbeiter in anderen Ländern verteidigt werden könnten.

Besonders in einer Periode des scharfen wirtschaftlichen Niedergangs und einer entschlossenen kapitalistischen Offensive gegen die Arbeiterbewegung muß die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse auf den Kampf um die Staatsmacht ausgerichtet werden. Eine revolutionäre Arbeiterregierung wird die Mittel der Produktion und der Verteilung enteignen und eine geplante Wirtschaft im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa aufbauen.

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Deutschland – das industrielle Kraftwerk des Kontinents – ist der Schlüssel zu Europas Zukunft. Während des Kalten Krieges riefen wir Trotzlisten zur revolutionären Vereinigung Deutschlands auf, durch eine antibürokratische proletarische politische Revolution im Osten und eine sozialistische Revolution im Westen, im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Von Sibirien bis Sardinien hat die imperialistische Wiedervereinigung für die arbeitenden Massen Europas verheerende Konsequenzen gehabt. Sie hat auch die bürgerliche Ordnung im Vierten Reich selbst, die lange auf der institutionalisierten Klassenkollaboration zwischen Kapital und der sozialdemokratischen Bürokratie basierte, grundlegend destabilisiert.

In der früheren DDR ist jetzt über die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung und ein noch höherer Prozentsatz der Frauen arbeitslos. Die neuen Bundesländer im Osten sind zu einer Anhäufung bitterer Feindschaft gegen die neue Ordnung geworden. In den öden Stadtlandschaften von Brandenburg bis Sachsen sieht man die Mauerinschrift „Verraten und verkauft“.

Die harten Bedingungen im Osten unterminieren auch die sozialdemokratische Arbeiterbürokratie im Westen. Trotzdem verrenken sich die sozialdemokratischen Spitzen, um sich als loyale und nützliche Diener des Vierten Reichs zu erweisen. Wie lange wird die ostdeutsche Bevölkerung Massenarbeitslosigkeit und entwürdigende Armut im Vergleich mit ihren westlichen Kollegen tolerieren, ohne daß es zu einer sozialen Explosion und politischen Radikalisierung kommt? Wie weit kann der Lebensstandard im Westen gesenkt werden – durch die Austeritätspolitik der Regierung

und die schlimmste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg –, ohne daß dies auf ernsthaften Widerstand der Arbeiterklasse stößt? Der Streik im öffentlichen Dienst, den Kohl im Mai 1992 provozierte, war ein Vorgeschmack auf wirklichen Klassenkampf.

Gleichzeitig haben der deutsche Nationalismus und die wirtschaftliche Belastung des Vierten Reichs auch einen fruchtbaren Nährboden für das Anwachsen des Faschismus bereitet, so daß Nazi-Skinheads dunkelhäutige Einwanderer und Asylbewerber töten und terrorisieren. Bei den hessischen Kommunalwahlen im März erhielten die Republikaner – geführt vom SS-Veteran Schönhuber – rund 10 Prozent der Stimmen.

Die wachsende faschistische Gefahr hat eine starke defensive Reaktion in der deutschen Gesellschaft hervorgerufen. Eine neue Generation radikaler Jugendlicher wächst heran in Kämpfen zur Verteidigung von Immigranten und Asylbewerbern gegen Nazi-Terroristen und gegen Angriffe der Regierung. Und noch bedeutsamer, das mächtigste und bestorganisierte Industrieproletariat Europas – darunter Millionen von Türken, Kurden, Südslawen und anderen Nichtdeutschen – könnte den Nazi-Abschaum zerschlagen, wie man eine Eierschale zertritt. Der entscheidende, fehlende Faktor ist revolutionäre Führung. In Deutschland, Frankreich, Britannien, Italien und in ganz Europa kämpfen die Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Faschisten zu zerschlagen.

Faschismus ist ein organisches Produkt des niedergehenden Kapitalismus, wobei große Teile des Kleinbürgertums und der arbeitslosen Jugendlichen zu Verzweiflung und amoklaufender Feindschaft gegenüber der herrschenden politischen Ordnung getrieben werden. Die Arbeiterbewegung, unter kommunistischer Führung, muß zeigen, daß sie die Gesellschaft wiederaufbauen und ein anständiges Leben für alle bieten kann. Und das kann nicht durch „Sozialstaats“reformismus erreicht werden. Wie wir im letzten *Spartakist* („Arbeiter: es geht um die Macht!“, Nr. 102, April) anlässlich der Metallarbeiterstreiks und -proteste in Ostdeutschland schrieben:

„Die Zerstörung von ganzen Industrieregionen und Millionen von Arbeitsplätzen ist nicht die Folge einer ‚falschen Regierungspolitik‘, sondern reflektiert die wiserne Logik des verrotteten Kapitalismus mit seiner Produktionsweise für Profit. Der Kapitalismus kann nicht reformiert oder durch Parlamente gezwungen werden, anständige Lebensverhältnisse zu schaffen: Man muß dieses System durch Arbeiterrevolution zerschlagen.“

Nach Workers Vanguard Nr. 575, 7. Mai

Blutiges Ergebnis des antisowjetischen Feldzugs



Girard



Asiaweek

Links: Mudschaheddin-Mordbanden verwüsteten Anfang dieses Jahres die afghanische Hauptstadt Kabul mit Raketen, die von den USA geliefert wurden. Rechts: Sieg der islamischen Fundamentalisten bedeutet, daß Frauen unter dem erstickenden Tschador gefangen sind

Afghanistan: Mudschaheddin vergewaltigen Kabul

Am 8. März unterzeichneten rivalisierende afghanische Kriegsherren in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad einen Pakt. Nach diesem „Machtteilungs“-plan ist der blutrünstige Erzreaktionär Gulbuddin Hekmatyar der designierte „Premierminister“. Aber das von Pakistan arrangierte „Friedens“-abkommen ist wahrscheinlich kurzlebig – Hekmatyar erklärte sofort, daß sein Haupttrivale, Achmad Schah Masud, als „Verteidigungsminister“ verschwinden müsse. Dies kündigte die Fortsetzung der Kämpfe an, wo das von Hekmatyar geführte brüchige Bündnis von Stammesangehörigen der Paschtunen und Hazara versucht, den tadschikischen Guerillas von Masud und der Miliz des usbekischen Generals Abdul Raschid Doestam die Kriegsbeute zu entreißen. Doestam ist als früherer „Kommunist“ und Ungläubiger aus der neuen Vereinbarung herausgeekelt worden.

Entsetzlicher Terror regnete auf die Bevölkerung von Kabul im Januar und Februar nieder, als rivalisierende Fraktionen der islamisch-fundamentalistischen Mudschaheddin („Heilige Krieger“) um die Kontrolle über die nominelle Hauptstadt eines auseinanderbrechenden Afghanistans kämpften. Zum dritten Mal seit dem Sturz des sowjetischen Verbündeten Nadschibullah im April 1992 feuerten mittelalterliche Reaktionäre, bewaffnet mit modernen von den USA gelieferten Waffen, Mörsergranaten und Raketen in Wohngebiete, im bewußten Bemühen, eine Bevölkerung zu vertreiben, die aufgrund von 15 Jahren Bürgerkrieg durch Flüchtlinge angeschwollen war. Die Zahl der Toten unter der Zivilbevölkerung überstieg manchmal 300 pro Tag, während letztes Jahr über 750 000 Menschen aus Kabul geflohen sind.

Die Nachrichtenagentur Reuters (10. Februar) berichtete über die Klage eines Flüchtlings, daß die Mudschaheddin Afghanistan zurück ins Mittelalter schießen. Schon unter Masud sind alle Frauen aus dem öffentlichen Dienst getrie-

ben und unter die erstickenden Tschadori (Schleier von Kopf bis Fuß) gesteckt worden, während die gesamte Bevölkerung einer Herrschaft von Terror und Plünderung ausgesetzt war. „Die Notleidenden erzählen entsetzliche Geschichten von Mord, Verstümmelung, Folter, Verschleppung und Vergewaltigung durch das Verteidigungsministerium oder Kräfte der Rebellen“, schreibt ein Korrespondent des Londoner *Guardian* (26. Februar). Jetzt haben Hekmatyars Hisb-i-Islami-Schläger, die regelmäßig unschuldige Flüchtlinge ermorden und Kriegsgefangenen die Haut abziehen, und die mit dem Iran verbündeten Hisb-i-Wahadat, die von fanatischen Chomeini-Anhängern geführt werden, die Oberhand.

Anfang der 70er Jahre wurde Hekmatyar dafür berüchtigt, daß er Studentinnen an der Kabuler Universität, deren Beine oder Gesicht nicht bedeckt waren, mit Säure bewarf. Als Hekmatyar 1989 seine Vorstellung eines „streng islamischen Staates“ skizzierte, sagte er: „Demokratie und Islam passen nicht zusammen... Eine Gruppe von weisen Männern wird die Gesetze an den Islam anpassen, jeder Alkohol wird verboten, Frauen werden wieder zu Hause bleiben, und Mullahs werden mehr Macht haben“ (*New York Times*, 6. März 1989). Letztes Frühjahr sahen westliche Reporter zu, als ein Hekmatyar-Krieger in den Vororten von Kabul einen Mitarbeiter des Roten Kreuzes niederschloß und erklärte: „Ich will in Afghanistan keine Ungläubigen“ (*Washington Post*, 23. April 1992). Jetzt wird dank des Abkommens, das von Hekmatyars Förderer Hamid Gul vermittelt wurde, dem früheren Chef von Pakistans Inter-Services Intelligence (Geheimdienst ISI), dieses Grauen auch Kabul heimsuchen.

Das allseitige Blutvergießen in Afghanistan ist die faule Frucht des unaufhörlichen Dranges des amerikanischen Imperialismus, den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat

zu unterminieren und zu zerstören. Von dem Augenblick an, als die mit der Sowjetunion verbündete Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) im April 1978 an die Macht kam, begann Washington an die Guerillagruppen der Mudschaheddin, die ihre Stützpunkte in Pakistan hatten, Waffen zu schleusen. Im Dezember 1979 intervenierte die sowjetische Armee direkt in den Bürgerkrieg, um den Zusammenbruch des kleinbürgerlich-nationalistischen DVPA-Regimes zu verhindern, dessen spärliche Reformen der Modernisierung – Neuverteilung des Landes, Ausbildung von Frauen, Freiheit vom Tschador, Senkung des Brautpreises – über die sozialen Kräfte hinausgingen, die dazu bereit waren, sie gegen die mittelalterliche Reaktion durchzuführen und zu verteidigen.

US-Präsident Jimmy Carter von den Demokraten eskalierte dann drastisch die Hilfe für die afghanischen Konterrevolutionäre und startete die größte verdeckte CIA-Operation der Geschichte. Die US-Regierung, die immer noch unter ihrer schmachvollen Niederlage in Indochina fünf Jahre zuvor litt, startete eine Kampagne, das „Vietnam-Syndrom“ zu begraben. Der heuchlerischen antisowjetischen „Menschenrechts“-Kampagne Carters, darunter der Boykott der olympischen Sommerspiele in Moskau 1980, folgte die größte militärische Aufrüstung der menschlichen Geschichte, darunter eine massive Vermehrung der Atomwaffen, die gegen die Sowjetunion gerichtet waren. Afghanistan, wo von den USA gelieferte Waffen benutzt werden konnten, um Soldaten der Roten Armee zu töten, war der heißeste Brennpunkt des zweiten Kalten Krieges. Carter und die CIA hatten nicht ein Jota für die „Selbstbestimmung“ Afghanistans übrig: Ihr Ziel war die Zerstörung der Sowjetunion.

Carters Stellvertreterkrieg in Afghanistan markierte den Beginn des zweiten Kalten Krieges. Alle Organisationen mit dem Anspruch, für revolutionären Marxismus einzutreten, wurden auf die Probe gestellt: Für oder gegen die Verteidigung der Sowjetunion? Für oder gegen die von den Imperialisten geförderte Konterrevolution? Maoistische Strömungen stellten sich offen hinter Washington. Stalinistische Parteien zerbrachen in antisowjetische „Eurokommunisten“ und reformistische Anhänger von Moskaus Linie der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus. Pseudotrotzkisten schlossen sich dem antisowjetischen Chor an und verurteilten die „Invasion“ des Kreml, wobei manche lächerlicherweise behaupteten, sie erschwere die Aufrechterhaltung ihrer vorgetäuschten „Verteidigung der Sowjetunion“! Die einzige Gruppe, die konsequent und ausdrücklich auf der Seite der sowjetischen Truppen und ihrer afghanischen Verbündeten stand, gegen die von der CIA unterstützte islamische Konterrevolution, war die internationale Spartacist-Tendenz, jetzt die Internationale Kommunistische Liga, deren deutsche Sektion die SpAD ist.

Es wird jetzt sowohl von Funktionären des früheren Gorbatschow-Regimes in Moskau als auch von den entsprechenden Leuten in Washington anerkannt, daß die Schlacht um Afghanistan ein entscheidender Wendepunkt für das Ableben der UdSSR war, die trotz der stalinistischen bürokratischen Degeneration Errungenschaften verkörperte, die ein Erbe der Oktoberrevolution von 1917 waren. Heute setzen die islamischen Konterrevolutionäre, die in einem Dschihad (Heiliger Krieg) gegen den Kommunismus in Afghanistan mobilisiert wurden, ihr tödliches Handwerk weltweit fort, legen Kabul in Trümmer und verbreiten fundamentalistischen Terror von Tadschikistan bis nach Ägypten und Algerien und möglicherweise New York City.

Dschihad des Imperialismus

Die Spartakisten begrüßten die sowjetische Intervention in Afghanistan mit der Überschrift: „Hoch die Rote Ar-

mee!“ Moskaus Militäraktion war nicht nur völlig gerechtfertigt durch die Notwendigkeit, die Südflanke des sowjetischen Arbeiterstaates militärisch zu verteidigen, sondern sie eröffnete auch die Möglichkeit, die afghanischen Massen – besonders die Frauen – von der feudalen Unterdrückung und der Rückständigkeit der Stämme, was der Imperialismus noch verstärkt, zu befreien. Wir forderten: „Für die Ausdehnung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker!“ (*Kommunistische Korrespondenz* Nr. 29, Februar 1980). Wir stellten fest, daß dies dem stalinistischen Programm der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus genau zuwiderlief, und warnten davor, daß Moskau durch einen Rückzug aus Afghanistan Verrat begehen könnte, und sagten: „Nur eine proletarische politische Revolution kann wirklich die internationalistische und revolutionäre Mission der Roten Armee und des sowjetischen Staats wiederherstellen.“

Kürzlich veröffentlichte sowjetische Dokumente, und auch einige „Insider“-Memoiren über die Afghanistan-Operation der CIA, bestätigen, daß der Bürgerkrieg ein imperialistischer Dolchstoß gegen den Sowjetstaat war und die Moskauer Führung dies wußte. Nach Protokollen des KPdSU-Politbüros von Anfang 1983 sah der Kreml-Führer Juri Andropow keine Basis für einen Kompromiß mit den Vereinigten Staaten über Afghanistan. In seiner Antwort auf den Vorschlag einer „politischen Übereinkunft“ von Außenminister Andrej Gromyko sagte Andropow: „Unser Hauptgegner hier ist der amerikanische Imperialismus, der sehr gut versteht, daß er seine Position in dieser bestimmten Ecke der internationalen Arena verloren hat. Genau deshalb können wir keine Zugeständnisse machen“ (*Washington Post*, 16. November 1992).

Bis 1984 hatten die Rote Armee und ihre Verbündeten der DVPA die Mudschaheddin-Kräfte im wesentlichen reduziert auf demoralisierte Reste, wie wir in „Red Army Mops Up CIA's Afghan Feudalists“ („Rote Armee räumt mit afghanischen Feudalisten der CIA auf“, *Workers Vanguard* Nr. 370, 11. Januar 1984) berichteten. Doch dann schlug Washington plötzlich ein anderes Tempo an und steigerte seine „Hilfe“ enorm. Warum? Eine zweiteilige Serie in der *Washington Post* (19. und 20. Juli 1992), „Der verdeckte Afghanistan-Krieg der CIA“, berichtete:

„Ein Geheimdienstcoup 1984 und 1985 löste, diesen westlichen Beamten zufolge, die Entscheidung der Reagan-Administration aus, das verdeckte Programm in Afghanistan auszuweiten. Die Vereinigten Staaten erhielten ganz genaue, hoch sensible Informationen über die Kreml-Politik und neue sowjetische Kriegspläne in Afghanistan.“

Was war diese Information? Die *Post*-Serie vom November 1992 über „Das Afghanistan-Archiv“ berichtet, daß unter dem neuen Generalsekretär Gorbatschow „das Politbüro bis zum Oktober 1985 eine neue Linie zu Afghanistan ausgearbeitet hatte. Das Ziel war, laut Politbüro-Protokollen, den ‚Abzug zu beschleunigen‘ von den sowjetischen Truppen und gleichzeitig das Überleben eines ‚befreundeten‘ Regimes in Kabul zu sichern“ durch „eine kurzfristig energischere Kriegführung“.

Washingtons Afghanistan-Krieg war ein Zweiparteien-Unternehmen. 1984 verdreifachte der von den Demokraten beherrschte Kongreß die von der republikanischen Regierung vorgeschlagenen Zuweisungen an die afghanischen Reaktionäre. Der demokratische Repräsentantenhausabgeordnete Charles Wilson aus Texas sagte: „Es gab 58 000 [amerikanische] Tote in Vietnam, und wir schulden den Russen noch etwas.“ Bis zu dem Zeitpunkt, als die Sowjets Afghanistan verließen, hatten die afghanischen „Freiheitskämpfer“ der CIA (nach offiziellen Schätzungen) mehr als

Fortgesetzt auf Seite 16

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 15

2 Milliarden Dollar an militärischer Ausrüstung erhalten, eine Zahl, die Berichten zufolge von Saudi-Arabien ebenfalls erreicht wurde und von anderen US-Verbündeten wie China und Ägypten ergänzt wurde.

Im Juni 1986 befahl Reagan im Bestreben, dem effektiven Einsatz von Kampfhubschraubern durch die Sowjets zu



Reuters/Bettman

Afghanische Frauenmiliz, bewaffnet mit AK-47-Gewehren. Tausende meldeten sich für den Kampf um ihre Rechte

begegnen, der CIA, mit der Auslieferung von Stinger-Raketen, die auf Hitze reagieren und von der Schulter abgefeuert werden, an die Mudschaheddin zu beginnen.

Obwohl die Technologie zur Neutralisierung der Stingers vorhanden war, setzten die Sowjets sie nicht ein. Dies war eine politische Entscheidung, die die sowjetische Kampfkraft untergrub. Gorbatschow kam an die Macht und drückte eine Reihe von politischen Änderungen durch: „Umstrukturierung“ (Perestroika) der sowjetischen Wirtschaft, „Offenheit“ (Glasnost) in der sowjetischen Gesellschaft und „neues Denken“ in internationalen Angelegenheiten. Dieses

„neue Denken“ lief auf einen sowjetischen Rückzug im Weltmaßstab hinaus: das Ende der Waffenlieferungen an die linken Guerillas in El Salvador, die Kürzung der Hilfe für das sandinistische Nicaragua, den vietnamesischen Rückzug aus Kambodscha, den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola, die Südafrikas rassistische Apartheid-Armee abwehrten, und die einseitige Abrüstung von Atomwaffen durch die UdSSR.

Als Teil dieser Kapitulationsstrategie entschied Gorbatschows Politbüro im November 1986, Afghanistan innerhalb von zwei Jahren zu verlassen. Der Abzug wurde am 15. Februar 1989 abgeschlossen. „Im CIA-Hauptquartier in Langley tranken Offiziere und Analytiker der Operation Champagner“, berichtete die *Post*.

IKL unterstützt heroischen Widerstand gegen Mudschaheddin-Mörderbanden

„Der Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan ist ein kaltblütiger Verrat an den afghanischen und sowjetischen Völkern“, erklärten wir (siehe „Schlacht um Afghanistan“, *Spartakist* Nr. 61, April/Mai 1989). Der Versuch der Moskauer Bürokratie, afghanisches Blut gegen Washingtons guten Willen einzutauschen, regte nur die Appetite der Imperialisten an, die weiterhin fest entschlossen waren, die ganze Sowjetunion zu zerstören. Innerhalb der UdSSR stärkte er prokapitalistische Kräfte. Der Abzug der Roten Armee war ein wichtiges Glied in der Kette von Ereignissen, die bis zum Zusammenbruch der UdSSR führten: nationalistischer Bürgerkrieg im Kaukasus, Konterrevolution im Baltikum, kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands, Boris Jelzins prokapitalistischer Gegenputsch in Moskau. Laut Gorbatschows Außenminister Eduard Schewardnadse: „Die Entscheidung, Afghanistan zu verlassen, war der erste und schwierigste Schritt. Alles andere ergab sich daraus“ (*Washington Post*, 16. November 1992).

Die IKL solidarisierte sich mit den afghanischen Massen, die nach dem sowjetischen Abzug einen erbitterten Kampf ums Überleben führten. Am 7. Februar 1989 schickte das Partisan Defense Committee (PDC), die mit der SL/U.S. verbundene klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, an die afghanische Regierung einen Brief mit dem Angebot, „eine internationale Brigade zu organisieren, um bis auf den Tod ... zu kämpfen“, damit das „Recht von Frauen, lesen zu lernen, die Freiheit vom Schleier, Freiheit von der Tyrannei der Mullahs und Landbesitzer, die Einführung der medizinischen Versorgung und das Recht aller auf Schulunterricht“ verteidigt wird. Obwohl dieses Angebot abgelehnt wurde, sammelte die IKL über 74 000 DM, um später im Jahr den zivilen Opfern einer umfassenden Mudschaheddin-Offensive gegen Jalalabad zu helfen, der afghanischen Stadt, die den Guerilla-Stützpunkten der CIA in Pakistan am nächsten liegt. Dieser Angriff wurde zurückgeschlagen (siehe „Augenzeugenbericht aus dem heldenhaften Jalalabad“, *Spartakist* Nr. 63, September/Okttober 1989).

Pseudo-Linke: Konfusion und Kapitulation

Moskaus Intervention rief international im ganzen Spektrum der Linken ein großes Durcheinander, Konfusion und Kapitulation hervor. Verschiedene Schwindler, die ihre Stalinophobie als Trotzkismus auszugeben versuchen, machten eifrig mit beim imperialistischen Chor, der den sowjetischen Rückzug forderte, und unterstützten die Mudschaheddin entweder begeistert (Anhänger von Nahuel Moreno und Pierre Lambert) oder verschämt (Anhänger von Tony Cliff). In Britannien spaltete sich eine Gruppierung namens Workers Power von den „staatskapitalistischen“ Cliff-Anhängern ab und erklärte zwar, die Sowjetunion sei ein Arbeiterstaat, verurteilte aber die sowjetische Intervention in

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: (0 30) 4 92 78 66
Halle	SpAD, PSF 855, Halle 4002 Telefon: (03 45) 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	--

**Büchertisch der
Trotzkistischen Liga
Deutschlands (Vorläufer
der SpAD) am 1. Mai
1989 in Westberlin.
Türkisches Plakat lautet:
„Nein zum Schleier!
Verteidigt afghanische
Frauen! Unterstützt die
Opfer der CIA-Mörder-
banden in Jalalabad!“**



Spartakist

Afghanistan als „konterrevolutionär“ und suchte ein mythisches Drittes Lager zwischen den kämpfenden Parteien (siehe „Afghanistan and the Left“ [Afghanistan und die Linke], *WV* Nr. 482, 21. Juli 1989).

Das vorgeblich trotzkistische Vereinigte Sekretariat (VS) unter der Führung des belgischen Professors Ernest Mandel setzte gleichzeitig auf alle Seiten der Angelegenheit: Die britische und die französische VS-Sektion forderten anfangs „sowjetische Truppen raus“, zogen aber später diese offen proimperialistische Losung zurück; die australische und die amerikanische SWP unterstützten die sowjetischen und DVPA-Streitkräfte, auch wenn die letztere später kehrte um die Angst, wie die Spartakisten zu klingen. Im Januar 1980 nahm das VS eine Resolution an, die Moskaus Intervention verurteilte, die Moskauer Bürokratie wegen Mißachtung der „nationalen Gefühle“ der Afghanen brandmarkte und gegen die „Annexion neuer Gebiete“ war, während sie die Forderung nach einem sowjetischen Rückzug ablehnte. Doch 16 Monate später gab das VS eine Erklärung heraus mit der Forderung: „Für ein Ende der sowjetischen Besetzung Afghanistans!“

Was also hatte sich geändert, oder um es auf Mandeliansch zu sagen: was war die „neue Weltrealität“? Es war *Polen*. 1980 und 1981 machte der Aufstieg von Lech Walesas Solidarność, einer prokapitalistischen nationalistischen Bewegung, die sich als „Gewerkschaft“ ausgab, bei Linken,

die für den Druck des antisowjetischen Kriegskurses des Imperialismus empfänglich waren, die Konterrevolution „respektabel“. Diejenigen, die sich bei der Unterstützung der von Haß auf Frauen erfüllten Fundamentalisten in Afghanistan zurückhielten, konnten sich leicht hinter Solidarność stellen, aus dem einfachen Grund, daß zehn Millionen polnische Arbeiter nicht irren können. Und als sie sich über Polen erst einmal hinter Wall Street und Papst gestellt hatten, war es nur eine Frage der Konsequenz, den antisowjetischen Krieg von CIA und Mudschaheddin in Afghanistan zu unterstützen.

Wir Trotzkisten ehren die sowjetischen Afganzi (Kriegsveteranen) für die Erfüllung ihrer internationalistischen Pflicht und verurteilen ihre stalinistischen politischen Führer (sowohl Gorbatschow-Anhänger als auch „Hardliner“), die vor dem Imperialismus kapituliert haben.

Die russische Frage direkt gestellt

Das praktisch allgemeine Versagen der Linken – mit Ausnahme der Internationalen Kommunistischen Liga –, gegen den Imperialismus in Afghanistan offen Stellung zu beziehen, veranschaulicht schonungslos die Krise der revolutionären Führung des Weltproletariats – und ihre tragischen Resultate. Daß der Rückzug aus Afghanistan 1989 wirklich der konterrevolutionären Katastrophe den Weg ebnete, die die Sowjetunion zerstörte, wird sowohl von der imperialistischen CIA als auch von den stalinistischen Bürokraten, die sie herbeiführten, anerkannt. Die dringenden Aufgaben, die sich den revolutionären Kommunisten durch den antisowjetischen Afghanistan-Krieg des Imperialismus stellten, bestanden darin, *den sowjetischen Arbeiterstaat bedingungslos zu verteidigen* und gleichzeitig dafür zu kämpfen, *eine trotzkistische Partei, die die stalinistische Bürokratie durch eine politische Revolution der Arbeiterklasse stürzt, aufzubauen*.

Angesichts der Restauration der kapitalistischen Herrschaft in Rußland und der übrigen Ex-Sowjetunion strebt die IKL danach, in unserem Kampf für die Wiedergeburt von Trotzki's Vierter Internationale den Kern dieser bolschewistischen Partei zusammenzuführen. Die revolutionäre Partei, die in den zukünftigen Kämpfen der sowjetischen arbeitenden Massen geschmiedet werden wird, wird die Partei sein, die über Afghanistan die Wahrheit sagte. Und wenn das Programm von Lenin und Trotzki das Proletariat in Moskau, Leningrad und Charkow wieder an die Macht bringt – dann werden Taschkent, Kabul und Islamabad nicht weit zurückbleiben.

Übersetzt nach Workers Vanguard Nr. 573, 9. April

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—

Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—

Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 103

Bestellt bei:	Konto 11988-601
Postfach 51 06 55	Postgiro Frankfurt/Main
1000 Berlin 51	BLZ 500 100 60



Thilo Rückeis

4. Mai 1992 – Ostberliner BVGler schlossen sich spontan dem ÖTV-Streik an, wiesen Weg zum Klassenkampf Ost und West

Vollstreik jetzt...

Fortsetzung von Seite 1

Dann können auch ÖTVler und andere Gewerkschafter mobilisiert werden, denen Lohnraub-Abschlüsse und Entlassungen aufgezwungen werden sollen. Wählt Streikkomitees, die aus den kämpferischsten Kollegen bestehen! Bildet Streikpostenketten – streikt in *allen* Betrieben und Zechen!

Um den Kampf gegen Lohnraub, Massenarbeitslosigkeit und rassistischen Terror zu gewinnen, dürfen die Arbeiter nicht bei gewerkschaftlichen Forderungen stehenbleiben. In ganz Europa sind die Arbeiter seit dem Ende des Kalten Krieges mit einer breit angelegten Offensive konfrontiert, die besonders Immigranten und Minderheiten, Frauen, Kinder, Kranke und alte Menschen trifft. Die Kapitalisten wollen von Rom über London bis Frankfurt/Main die Arbeiterklasse brechen, das Tarifsystem zerschlagen, den „Wohlfahrtsstaat“ der Nachkriegszeit mit seinen Sozialleistungen beenden und den Lebensstandard der Arbeiterklasse auf das *niedrigste* Niveau hinabdrücken.

Die kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion hat blutige nationalistische Bürgerkriege und Nazi-Terror angefacht, und die Herrscher des wiedervereinigten imperialistischen Deutschlands senden die Bundeswehr wieder auf den Balkan und nach Somalia, um ihre Weltmacht-Ambitionen zu demonstrieren. Nachdem die Bourgeoisie die DDR auf Pump aufgekauft hat und Osteuropa in Neokolonien des Vierten Reichs verwandeln will, sollen die Arbeiter für die riesigen Kosten aufkommen. Die SPD, die der Vorreiter der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR war, will den Kapitalisten ihre Regierungs- und Koalitionsfähigkeit beweisen, beim rassistischen Asylbeschluß wie mit Engholms Forderung nach einem „zweiten Arbeitsmarkt“, sprich ein Billiglohngebiet, und einem weltweiten „friedensschaffenden“ Einsatz der Bundeswehr.

Aber von Frankreich und Italien über Britannien bis Polen haben die Arbeiter angefangen, mit Streiks und Massendemonstrationen zurückzuschlagen. Die größte Barriere für einen siegreichen Kampf sind die reformistischen Führungen, die die Arbeiter an den bürgerlichen Staat fesseln und Nationalismus und protektionistisches Gift schüren. Nieder mit dem Solidarpakt von Kohl/Engholm/Steinkühler, mit dem die Werktätigen immer unverfrorener angegriffen werden! Eine Ausweitung der Kämpfe vom strategischen Metallbereich auf die kämpferischen ÖTV-Arbeiter könnte zu einem Generalstreik gegen die Regierung des Kapitals führen.

Massenentlassungen und Lohnraub hängen eng mit der

internationalen kapitalistischen Krise zusammen, die nicht durch ein „deutsches Stahlkonzept“ von Cromme und Steinkühler bewältigt werden kann, sondern durch eine Arbeiterrevolution, die eine wirkliche internationalistische Wirtschaftsplanung im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa herbeiführt. Wir brauchen eine Arbeiterpartei in der Tradition von Lenin und Trotzki, eine revolutionäre Führung, die bereit ist, es mit dem Kapitalistenstaat aufzunehmen, die Kämpfe aller Unterdrückten hinter dem Banner der Arbeiterklasse zu verbinden und *den Kampf gegen das kapitalistische System selbst aufzunehmen*.

Von den Rednerpulten auf den Großdemonstrationen tönt es jetzt über Solidarität mit den „ostdeutschen Kollegen“, doch Steinkühler und Konsorten schielen schon nach einem Ausverkauf. Sie wollen die Flächentarifverträge aufgeben und einem Killer-„Kompromiß“ wie dem 9-Prozent-Ausverkauf der IG-Chemie-Bürokraten mit einer minimalen Anhebung der Ecklöhne zustimmen. Wie man damit die Miete bezahlen soll, fragen sie nicht. Die sozialdemokratischen Bürokraten, die in den Reihen der Arbeiterklasse die Spaltung in Ost, West und Immigranten durchgesetzt haben, befürchten jetzt, daß die Streiks auf den brodelnden Westen übergreifen. Am 27. April besetzten Kumpel des Krupp-Hüttenwerks das Rathaus Rheinhausen. Die kampfereifahrenen Rheinhausener Arbeiter, deren Werk im August geschlossen werden soll, könnten der Funke für harten Klassenkampf im ganzen Ruhrgebiet sein – von Stahl über Auto bis zum Bergbau. Doch als zur Metaller-Demo am 15. April in Westberlin Zehntausende Arbeiter aus den Ostberliner und Brandenburger Betrieben kamen, wurden die Westberliner Kollegen mit ihrem militanten Anteil an eingewanderten Arbeitern nicht mobilisiert!

Jeder weiß, daß es heute nicht einfach „um 26 Prozent“ geht. Zwar sagt der Gesamtmetall-Chef Dieter Kirchner jetzt großspurig: „Die IG Metall kann sich kaputtstreiken, wie sie will“. Aber schon am Tag nach der Urabstimmung warnte das Sprachrohr der Großbourgeoisie, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Eine weitere Politisierung des Konflikts kann gefährlich werden.“ Der Kampf der Stahl- und Metallarbeiter richtet sich besonders im Osten meist direkt gegen den bürgerlichen Staat und die verhaßte Treuhandanstalt. Und was die Kapitalisten besonders fürchten, ist das starke Gefühl für soziale Gleichheit und Gerechtigkeit, das die ostdeutschen Arbeiter aus ihrer Erfahrung in dem deformierten Arbeiterstaat DDR entwickelt haben. Die kampfbereiten Arbeiter in Ostdeutschland, die weit weniger unter Kontrolle der SPD sind als ihre Kollegen im Westen, können jetzt gemeinsam mit den eingewanderten Arbeitern

zum Hebel für die Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse in Ost und West werden.

Um dies zu verhindern, benutzt Steinkühler jede Gelegenheit, um eine rabiate antikommunistische Hetze hochzupfeitschen. So wetterte er am 24. April in Leipzig über „60 Jahre Diktatur“ – aber kein Arbeiter klatschte Beifall. Die Verelendung ganzer Landstriche, Massenarbeitslosigkeit, Frauenunterdrückung und rassistische Pogrome sind das direkte Ergebnis des Anschlusses, der von Steinkühler, Engholm und Konsorten unterstützt wurde. Nur die Spartakist-Arbeiterpartei kämpfte ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und ihre verheerenden Konsequenzen. Als die zerfallende DDR-Bürokratie 1990 den Arbeiterstaat DDR an die Imperialisten verschenkte, ist nicht der Kommunismus „untergegangen“, wie die Imperialisten behaupten, sondern die stalinistische Lüge vom „Sozialismus in einem (bzw. sogar halben) Land“. Allein eine internationale sozialistische Planwirtschaft auf der Grundlage von wirklicher Arbeiterdemokratie wird die Produktion auf der ganzen Welt im Interesse der arbeitenden Menschen organisieren. Dazu brauchen wir eine Arbeiterregierung, die auf Arbeiterräten basiert.

Heute will sich die PDS vor allem im Osten als „bessere Reformisten“ profilieren und wärmt die verbrauchten Konzepte der SPD wie für „Staatskontrolle“ und für eine „nationale Stahlkonferenz“ wieder auf, die in Westdeutschland schon lange zu Massenentlassungen führen und verstärkt Protektionismus und Nationalismus in die Arbeiterklasse hineintragen. Die PDS hat 1990 den Arbeitern die Konterrevolution in der DDR mit Lügen über einen „sanften“ Wechsel „1:1“ schmackhaft gemacht. Jetzt unterstützt sie den „Solidarpakt“, nur will die PDS wie damals beim Anschluß „bessere“ Bedingungen.

Aber die Kapitalisten können nicht „unter Druck“ gesetzt werden, um anders als nach der Profitlogik zu produzieren und zu herrschen. Genauso wenig werden mit Unterschriften „Arbeitsplätze für Millionen“ geschaffen, wie die MLPD behauptet, die sogar vom Nachfolgestaat des Dritten Reichs ein „Verbot der Faschisten“ fordert. Auch die MLPD hat den Anschluß der DDR unterstützt, mit dem Millionen Arbeitsplätze vernichtet wurden. Die Zerschlagung der faschistischen Brut wird genau wie die Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen nicht durch Bittsteller, sondern nur durch harten Klassenkampf errungen werden.

Wenn die Kraft von IG Metall und Bergarbeitern in einer geschlossenen Streikfront entfesselt wird, ist praktisch das ganze Land dicht. In diesem Kampf können die Arbeiter ihre unabhängigen Klassenorgane aufbauen, sie müssen vom Einfluß der SPD-Irreführer gebrochen und für ein revolutionäres Programm gewonnen werden. Die Forderung der sozialdemokratischen Gruppe Voran für einen „eintägigen Generalstreik aller DGB-Gewerkschaften gegen die Generalangriffe von Kohl und den Bossen“ ist dagegen in Abwesenheit von Arbeiterstreiks und Mobilisierungen ein leerer Aufruf an die Bonzen, damit die Arbeiter sich weiter von den SPD/DGB-Verrätern ausverkaufen und knebeln lassen. Oder will uns Voran einreden, daß ein „Solidarpakt“ unter einer SPD-Regierung „arbeiterfreundlicher“ sei? Werden die vietnamesischen Arbeiter und die Roma und Sinti dann etwa nicht mehr abgeschoben? Wollen sie Lafontaine als neuen Wirtschaftsminister, der sich brüstet, er habe es „schon 1990 für falsch gehalten, Lohnerhöhungen zu vereinbaren, die nicht durch entsprechende Produktivität gedeckt seien“ (*Frankfurter Rundschau*, 28. April)?

Die SPD ist eine bürgerliche Arbeiterpartei, deren proletarische Basis von ihrer prokapitalistischen Führung im Kampf gebrochen werden muß. Wie wir im *Spartakist* Nr. 102 (April) schrieben, würde eine SPD-Regierung oder gar große Koalition die Arbeiter auch angreifen: „Das se-

hen wir schon dort, wo die SPD in den Landesregierungen ist, und der ‚Solidarpakt‘ hat schon Tausende von ÖTV-Arbeitsplätzen gekostet. Einmal im Kanzleramt in Bonn, würde die SPD alle Mittel des Staates einsetzen, u. a. die



Spartakist

Berlin-Schönefeld, 28. April – Spartakisten schließen sich Protest gegen Massenabschiebungen an

Gerichte und die Polizei, um die Arbeiter zu disziplinieren und ihre Kämpfe zu brechen. Brecht mit den sozialdemokratischen Feldweibern des Kapitals!“ Statt dessen brauchen wir eine wirkliche kommunistische Partei, um die Arbeiter zu mobilisieren und ihre Kämpfe zusammenschmieden gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus.

Besonders die militanten türkischen und kurdischen Arbeiter, die in der westdeutschen Industrie strategisch sind und wenig Illusionen in die prokapitalistische Ideologie der SPD haben, stehen bei Streiks in vorderster Reihe. Der Kampf gegen Entlassungen muß mit der Verteidigung der eingewanderten Kollegen verbunden werden. Dabei können militante Streikkomitees und Streikpostenketten auch die Basis für die Verteidigung der Immigrant/Flüchtlingswohnheime sein und den Kern einer zukünftigen Arbeitermiliz bilden.

Als bei Leipziger Arbeiterdemonstrationen kürzlich Nazis auftauchten, mobilisierten die Spartakisten in den Betrieben und unter antifaschistischen Jugendlichen, um diese Mörderbanden zu vertreiben. Am 30. Januar, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, haben das Komitee für soziale Verteidigung und die SpAD unter Gewerkschaftern für die Verteidigung von Immigrant-Wohnheimen in Berlin mobilisiert. Über hundert Antifaschisten, hauptsächlich Jugendliche, schützten in dieser Nacht ein großes Wohnheim. Für Arbeiter/Immigrant-Mobilisierung, um die Naziband zu stoppen! Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Die wachsenden faschistischen Angriffe, die auf dem Boden des deutschen Nationalismus und der verheerenden wirtschaftlichen Zerstörung durch die Konterrevolution angestiegen sind, haben aber auch starken Widerstand hervorgerufen. Eine neue Generation von radikalen Jugendlichen ist auf die Straßen gegangen, um Immigranten und Asylsuchende gegen die Nazi-Terroristen und die Angriffe des Staates zu verteidigen. In Verbindung mit dem jetzt anstehenden Klassenkampf kann die mächtigste und bestorganisierte Arbeiterklasse Europas mobilisiert werden und den Nazi-Abschaum wie eine Eierschale zertreten. Aber auch hier ist der entscheidende Faktor eine revolutionäre Führung, die als Tribun aller Ausgebeuteten und Unterdrückten die Kämpfe der Minderheiten, der Frauen und der Jugend mit dem Klassenkampf der Arbeiter verbindet. ■



Der Spiegel

Waco: Davidianer-Ranch vor und nach Clintons Massenmord

Waco...

Fortsetzung von Seite 24

geschränkt), anders als in Deutschland, wo es nie eine siegreiche bürgerliche Revolution gab. Eine jahrelange wütende Kampagne von Liberalen für „gun control“ trug dazu bei, ein Klima für die Belagerung und das Massaker an einer religiösen Sekte zu schaffen, die niemandem etwas zuleide tat. Gleichzeitig bereitete die US-Regierung den Massenmord mit einer wüsten Lügenkampagne über „Kindesmißbrauch“ vor. Wie das Massaker an der schwarzen MOVE-Gemeinschaft in Philadelphia 1985 muß dieses Verbrechen in das Gedächtnis der Arbeiterklasse eingegraben werden.

In den USA riefen die Spartacist League/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, und das Partisan Defense Committee, Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung, zu dringenden Protestdemonstrationen in New York, Boston, Chicago und San Francisco gegen das Massaker in Waco auf. In New York nahmen über 80 Demonstranten an dem Protest teil, darunter Haitianer, die gegen Clintons Aussperrung von HIV-

positiven Flüchtlingen protestierten, die in der US-Marinebasis in Guantánamo, Kuba, gefangengehalten werden.

Die Spartakist-Arbeiterpartei und das KfsV organisierten am 21. April eine Protestdemonstration vor dem US-Konsulat in Berlin gegen das Massaker in Waco. „Dafür trägt das Weiße Haus in Washington die direkte Verantwortung“, sagte Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus. Genau diese Wahrheit wollte die Polizei unterdrücken und drohte mit einer Auflösung der Demonstration wegen „Beleidigung ausländischer Staatsoberhäupter“. Parolen und Plakate mit der Aufschrift „Blutbad in Waco – Clinton und FBI sind Massenmörder“ wurden verboten. Dies zeigte nur um so mehr, wo die Sympathien und Ambitionen der deutschen Herrscher liegen. Die Spartakisten betonten diesen Zusammenhang in Sprechchören und Plakaten mit der Losung „Deutsche Bourgeoisie von Auschwitz – eure Verbrechen vergessen wir nie!“ Die Redner bei der Demo wiesen auf die Verantwortung des Weißen Hauses und des FBI für das Massaker an den Davidianern hin und riefen: „Massaker in Waco, Clinton – Mörder, FBI – Mörder!“

Nachfolgend drucken wir den Text der SPAD-Presserklärung ab.

BERLIN, 20. April – Verkohlte Leichen von 87 Männern, Frauen und Kindern blieben zurück nach der Feuersbrunst, als Folge des FBI-Sturmangriffs mit CS-Reizgas, Hubschraubern mit Leuchtgranaten, Infrarot-Aufklärern und Rammbock-Panzerfahrzeugen. Dafür trägt das Weiße Haus in Washington die direkte Verantwortung. US-Präsident Clinton gab das grüne Licht, Justizministerin Janet Reno überwachte persönlich den Plan, und die FBI-Sturmtruppen rückten vor, um die „Endlösung“ an der kleinen, integrierten Gruppe der religiösen Davidianer-Sekte in Waco, Texas, durchzuführen. Nach einem mörderischen Ansturm der Bundesagentur für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen, die bis an die Zähne bewaffnet war, und einer 51tägigen Belagerung sind fast hundert Menschen in ein Inferno gestürzt worden, allein für das „Verbrechen“, daß sie in einer nicht-konformistischen religiösen Sekte sind, die es wagte, sich gegen den Angriff der Regierung zu verteidigen.

Ein SL-Sprecher, der dieses Massaker verurteilte, stellte fest, daß an den Davidianern das gleiche Todesurteil vollstreckt wurde wie an der schwarzen MOVE-Gemeinschaft

in Philadelphia, die von der Polizei am Muttertag, dem 13. Mai 1985, bombardiert wurde, mit vom FBI gespendeten Geschossen. Elf Schwarze wurden dort ermordet, darunter fünf Kinder, und ein ganzes Wohnviertel von Schwarzen lag in Trümmern. „Wie in Los Angeles, wo die rassistischen Bullen den schwarzen LKW-Fahrer Rodney King zusammengeschlagen haben“, sagte Spartacist-Sprecherin Marjorie Stamberg, „so ist das Blutbad in Waco das Bild der ‚Neuen Weltordnung‘ Amerikas im Innern. Dies ist das Wüstengemetzel des US-Imperialismus im Irak, das nach Hause kommt.“

Auf einem Banner am Gelände der rassistisch integrierten religiösen Davidianer-Sekte stand: „Rodney King – wir verstehen“. Es ist kein Zufall, daß der FBI-Ansturm in Waco zwei Tage nach dem Rodney-King-Urteil losging, wo in Los Angeles zwei rassistische Bullen ein bißchen getadelt wurden. Inmitten einer massiven Polizeistaat-Mobilisierung, wo Truppen im ganzen Land in Stellung waren, um die Innenstädte von der West- bis an die Ostküste zu besetzen, stießen die rassistischen Herrscher einen kollekti-

ven Seufzer der Erleichterung aus, daß die städtischen Ghettos und Barrios nicht in Wut und Empörung über ein weiteres offen rassistisches Urteil explodierten. Sie ergriffen diese Gelegenheit, um die Waco-Gemeinde in Texas einzuzäunern.

Im Morgengrauen riß das FBI mit schweren Panzerfahrzeugen die Mauern um das Anwesen nieder und pumpte Tränen- und Reizgas in die Gebäude, um die 70 Erwachsenen und 25 Kinder hinauszutreiben oder zu vernichten, die sich in den Holzbauten aufhielten. Das gesamte Gelände war bereits mit Stacheldraht eingezäunt, Elektrizitäts- und Wasserleitungen waren gekappt worden. Sie wollten eine Feuerfalle schaffen, aus der es kein Entkommen gab. Natürlich war keine Feuerwehr vor Ort, um die Flammen zu löschen. Jetzt will die Regierung den Opfern die Schuld geben, doch *der Sturm auf Waco war bewußter Massenmord, auf Befehl vom Weißen Haus.*

Deutsche Bourgeoisie von Auschwitz – eure Verbrechen vergessen wir nie!

Am Sonntag beweinten die imperialistischen Herrscher in Deutschland genau wie in den USA heuchlerisch die Kämpfer, die vor 50 Jahren beim Aufstand des Warschauer Ghettos ermordet wurden. Aber das geplante Niederbrennen der Waco-Gemeinde, „live“ vom Fernsehen übertragen, erinnert an nichts so sehr wie an den Nazi-Völkermord im Warschauer Ghetto. In Deutschland ist mit der kapitalistischen Wiedervereinigung mörderischer Nazi-Terror angestiegen, der von der rassistischen Allparteienkoalition von CDU bis SPD angeheizt wird. Der Nachfolgestaat des Dritten Reichs verfolgt die Flüchtlinge und pfercht sie in Sammellager, wo sie auf ihre Abschiebung warten müssen. Allein in Berlin sind in den letzten Wochen über 30 Fälle von Immigranten bekannt geworden, die von der Polizei gefoltert wurden. Mit der Vernichtung des Asylrechts führen die Herrscher des Vierten Reichs jetzt das Programm aus, das die Nazibanden beim staatlich genehmigten Rostocker Pogrom verlangt haben. Die „Neue Weltordnung“



Spartakist

Berlin, 21. April – Spartakisten protestieren gegen das Massaker des FBI an den Davidianern

der Imperialisten hat überall Armut, Terror und nationalistisches Morden gebracht. Aber in ganz Europa, von Italien über Britannien bis zur Ruhr und zu den Metallern in der Ex-DDR, haben die Arbeiter mit Streiks und Protesten angefangen, ihre Stärke zu zeigen.

Der Mord an den unschuldigen Menschen in Waco, die im Auftrag der blutrünstigen US-Regierung bei lebendigem Leib verbrannt wurden, schreit danach, gerächt zu werden. Die Clinton-Regierung hat ein Inferno ausgelöst und eine kleine Gruppe vernichtet, die niemandem etwas zuleide getan hat und die sie als ihre „Feinde im eigenen Land“ ansah. Es wird eine sozialistische Revolution notwendig sein, um wirkliche Gerechtigkeit walten zu lassen, für die Verbrechen der US-Herrscher genauso wie für die Verbrechen der Bourgeoisie von Auschwitz. ■

Balkan...

Fortsetzung von Seite 24

die NATO-Truppen auf den Plan treten, um den Flickwerk-„Friedens“plan durchzusetzen, müßten sie entweder schwer bewaffnete serbische Streitkräfte zurückdrängen, die sich in dem bergigen und dicht bewaldeten Gebiet eingegraben haben, oder amerikanische und westeuropäische Truppen riskieren Angriffe von den kroatischen und moslemischen Milizen, wenn sie den Status quo aufrechterhalten wollen.

Die selbsterklärten US-„Weltbulen“ sind wie die rassistischen Bullen in den innerstädtischen Ghettos Amerikas daran gewöhnt, hilflose Menschen zu terrorisieren. Aber die Serben sind in einer deutlich besseren Position, sich zu verteidigen, als die Davidianer in Texas. Als Clinton letzte Woche sein Zögern über den Einsatz von US-Bodentruppen erklärte, sagte er Reportern: „Im Zweiten Weltkrieg schickte Hitler Zehntausende Soldaten in dieses Gebiet und war nie in der Lage, es zu unterjochen“ (*New York Times*, 26. April). Die heutigen mörderischen serbischen Nationalisten sind Welten entfernt von den jugoslawischen kommunistischen Partisanen, die im Zweiten Weltkrieg mutig die Wehrmacht zurückschlugen, aber man ahnt, worüber sie im Lagezimmer des Weißen Hauses reden, wenn ein amerikanischer Präsident mit unbeabsichtigter Ehrlichkeit die Rolle der USA mit der seines imperialistischen Kameraden Adolf Hitler vergleicht.

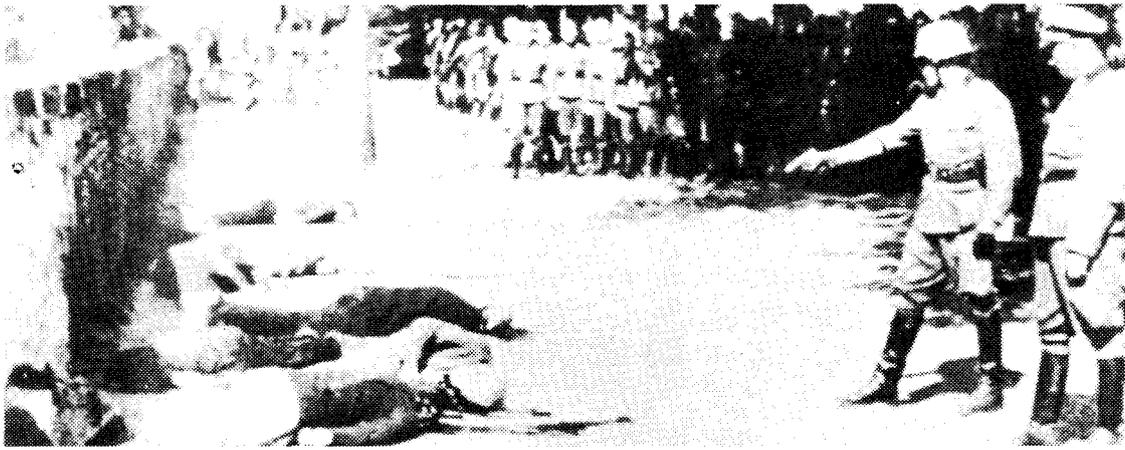
Aber auch die deutsche Bourgeoisie hat nach zwei verlorenen Weltkriegen ihre erniedrigende Niederlage gegen-

über Titos Partisanen nicht vergessen. Das meinen Kohl und Rüge mit „historischen Gründen“, warum sie jetzt nicht wieder Bodentruppen auf den Balkan schicken wollen, nicht die Hunderttausenden von Juden, Roma, Serben und anderen slawischen Völkern, die von der Wehrmacht, den Nazis und der Ustascha in den Todeslagern im letzten Weltkrieg ermordet wurden. Wie der Weltpolitiker der *Zeit*, Theo Sommer, in der Ausgabe am 23. April über das „vereinigte Deutschland“ schrieb: „mehr weltpolitische Verantwortung heißt nicht unbedingt: mehr militärische Einsatzfreude“.

Die SPD und FDP inszenierten einen parlamentarischen Trubel über die AWACS-Frage, nicht weil sie gegen einen Bundeswehr-Einsatz in Afrika oder auf dem Balkan sind. Das Gegenteil ist der Fall. Aber sie meinen, daß der erneute deutsche Militarismus, wie bei der Vernichtung des Asylrechts, einen „sozialen Konsens“ verlangt und zuerst „legalisiert“ und in die Verfassung des „Rechtsstaats“ eingemeißelt werden muß. Und das ist besonders wichtig für die Sozialdemokratie. Als *bürgerliche Arbeiterpartei* ist die SPD der hauptsächliche Transmissionsriemen für den deutschen Nationalismus in der Arbeiterklasse.

Die SPD hat wie beim Anschluß und der Zerstörung der DDR auch in der Jugoslawien-Frage eine Vorreiterrolle gespielt. Im Sommer 1991 griff die SPD die Regierung dafür an, daß sie nicht stärker und früher für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens interveniert hat. Der SPD-Sprecher Norbert Gansel rief noch lauter als Kohl/Genscher

Fortgesetzt auf Seite 22



„Friedensschaffende“
Maßnahmen
der Wehrmacht:
Erschießung jugo-
slawischer Geiseln
1942 in Pancevo
bei Belgrad

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

Balkan...

Fortsetzung von Seite 21

nach dem „Selbstbestimmungsrecht“ Kroatiens und Sloweniens. Und in der Woche vor seinem ruhmlosen Abschied als SPD-Boß kam Engholm im *Spiegel* mit der Linie für „friedensschaffende“ Bundeswehr-Interventionen heraus. Die PDS hängt wie immer am Rockzipfel der SPD. Vor nicht allzu langer Zeit bejubelte sie den Einmarsch von UN-Truppen als „Hoffnungszeichen, das gerade noch in letzter Stunde kam“ (*Neues Deutschland*, 18. Februar 1992). Inzwischen übertüncht die Bundeswehr ihre Panzer mit weißer Farbe und nennt sie „Friedenstruppen“.

Heute stehen Grüne wie Cohn-Bendit zusammen mit Feministinnen und ehemaligen Pazifisten in der ersten Reihe der Kriegshetzer. Während deutsche Nazis als Söldner auf der kroatischen Seite in den Krieg ziehen, um „legal Kommunisten töten“ zu können (*Berliner Zeitung*, 17./18. April), reicht die nationalistische „Einheitsfront“ im eigenen Land bis zu prominenten Vertretern der ehemaligen nationalistischen „Friedens“bewegung, die die Losung „Deutsche an die Front“ ausgeben.

Revolutionäre Marxisten beziehen keine Seite in den blutigen kommunalistischen und nationalistischen Kriegen, die als Ergebnis und treibende Kraft der kapitalistischen Konterrevolution das ehemalige Jugoslawien zerreißen. Aber wir warnen, daß die Imperialisten die unvergleichlich größere Bedrohung für die Menschheit sind. Angesichts einer US/NATO-Intervention verteidigen wir die Serben, während wir die serbische Arbeiterklasse dazu aufrufen, ihre nationalistischen, kapitalistischen Irreführer zu stürzen, auf dem Weg der Wiederschmiedung einer wirklich internationalistischen, sozialistischen Föderation des Balkans von der Donau bis zur Ägäis.

„Ethnische Säuberungen“: Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution

Westliche Journalisten haben die kommunalistischen Massaker – jetzt „ethnische Säuberungen“ genannt –, die durch das Auseinanderbrechen von Jugoslawien entfacht wurden, als ein Wiederaufleben althergebrachter Blutfehden des Balkans dargestellt. Aber in den viereinhalb Jahrzehnten des Kalten Kriegs haben die westlichen Mächte als Kernbestandteil ihres antikommunistischen Kreuzzugs in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion zu nationalistischem Eifer aufgehetzt. Die CIA-Sender Radio Free Europe und Radio Liberty haben die übelste nationalistische Demagogie ausgespien, Antisemitismus eingeschlossen. Westliche Geheimdienste finanzierten und dirigierten kroatische und ukrainische Faschisten, russische Monarchisten, polnische Klerikalnationalisten usw. Jetzt, durch den Zusammenbruch der sowjetischen stalinistischen Bürokratie,

sind in Osteuropa miteinander verfeindete nationalistische Fanatiker an die Macht gekommen. Die Resultate finden nicht immer den Gefallen ihrer imperialistischen Paten.

Seit 1991 der Zusammenbruch des titoistischen Jugoslawiens begann, haben die westlichen Medien die Serben – und nur sie – als blutrünstige Monster dargestellt, versessen darauf, friedliebende Kroaten und bosnische Moslems zu terrorisieren. Wir werden überflutet mit herzerreißenden Fotos, greulichen Augenzeugenberichten und erschütternden Berichten von Massenvergewaltigung, Folter, Konzentrationslagern, Ermordung und Verstümmelung von Kindern durch die serbischen nationalistischen Kräfte. Aber wie in allen derartigen kommunalistischen Kriegen, sind bei Völkern, die sich in einem Abgrund von Furcht, Haß und Rachedurst befinden, die Greueltaten auf allen Seiten reichlich vorhanden.

So haben sich vor kurzem die Kroaten gegen ihre früheren Verbündeten, die bosnischen Moslems gewandt, als Teil ihrer eigenen „ethnischen Säuberung“, um ihre Position für ein von den Imperialisten durchgesetztes „Friedens“abkommen zu verbessern. Der Londoner *Guardian* (22. April) brachte einen Augenzeugenbericht: „Straße für Straße und Haus für Haus haben die kroatischen Kommandotruppen die Moslems herausgejagt und viele von ihnen ermordet, als sie angstgeschüttelt versuchten, aus einem Land zu fliehen, das sie seit Hunderten von Jahren bewohnt und gehegt haben.“ Auch Serben gehören zu den Opfern. Vor einem Jahr gab es 10 000 Serben in dem bosnischen Bezirk von Gorazde. Jetzt sind nur 1000 übrig, die anderen 90 Prozent sind entweder ermordet worden oder in Todesangst geflohen.

In Wirklichkeit wird der Krieg in Bosnien von der mörderischen Logik des Versuchs angetrieben, in Regionen, wo verschiedene Völker auf einem geographischen Gebiet zusammenleben, Nationalstaaten herauszubilden. 1990 war die jugoslawische stalinistische Bürokratie fast vollständig entlang nationaler Linien zerbrochen. Den letzten Hieb gab der deutsche Imperialismus, der Mitte 1991 die internationale Anerkennung eines unabhängigen Sloweniens und Kroatiens durchdrückte. Die bosnischen Moslems standen somit vor der unglücklichen Aussicht, zu einer Minderheit in einem jugoslawischen Rumpfstaat zu werden, einem faktischen Großserbien, überdies unter der Herrschaft des fanatischen serbisch-nationalistischen Gewaltherrschers Slobodan Milosevic.

Die Moslem-Führer wie Alija Izetbegovic antworteten darauf mit der staatlichen Unabhängigkeitserklärung von Bosnien, in dem sie als Vertreter der größten ethnischen Gruppe vorherrschen würden. Die Serben in Bosnien – ein Drittel der Bevölkerung – zielten darauf ab, die von ihnen bewohnten Regionen abzutrennen und in ein Großserbien einzubringen. Als die militärisch stärkere Kraft haben die Serben die Moslems aus den gemeinsam bevölkerten Regio-

Markus Wolf...

Fortsetzung von Seite 2

zu halten. Der Kampf gegen die antikommunistische Hexenjagd muß wie der Kampf gegen den rassistischen Terror ein integraler Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Offensive der Bosse sein, die jetzt bei Metall und Stahl angefangen hat.

Auch wenn die DDR ihr Berliner Wachregiment nach Felix Dserschinski benannte, dem Gründer des sowjetischen Geheimdienstes Tscheka, so ließ sich die HVA doch nicht gleichsetzen mit dem Nachrichtendienst der Oktoberrevolution. Die Grenzen von Wolfs Geheimdienstoperation lagen in der stalinistischen Politik des „Sozialismus in einem (halben) Land“, die von der „friedlichen Koexistenz“ mit den imperialistischen Staaten ausging. Ein bitterer Trugschluß, wie sich zeigte. Als eine seiner größten Niederlagen betrachtet Wolf den Sturz des sozialdemokratischen „Entspannungspolitik“-Kanzlers Willy Brandt. Aber Brandts Ostpolitik, die dann von Helmut Schmidt und Kohl weitergeführt wurde, und sogar vom Erzreaktionär Franz Josef Strauß, hat die DDR unterminiert und dem Vierten Reich zur Einverleibung des ersten Arbeiterstaats auf deutschem Boden verholfen. Wolfs Sympathien gelten auch Gorbatschows „Perestroika“, die der Konterrevolution von Jelzin den Weg bahnte.

Wenn Wolf „Anlaß zur Reue“ sieht „bei der Betrachtung der gesamten Geschichte der 40 Jahre bis zum Ende der DDR“ (*Spiegel*, 3. Mai), dann erlauben wir uns, an den Sowjetspion Ignaz Reiss zu erinnern, der 1937 von Stalin brach. Er „bereute“ nicht seine lobenswerte Arbeit, Gewehre an die spanischen Republikaner zu liefern, sondern sagte:

„Die Arbeiterklasse muß Stalin und den Stalinismus besiegen, so daß die UdSSR und die internationale

Arbeiterbewegung nicht Faschismus und Konterrevolution zum Opfer fallen. Diese Mischung des schlimmsten prinzipienlosen Opportunismus mit Lügen und Blut droht, die Welt und die letzten Kräfte der Arbeiterklasse zu vergiften.“

Reiss verachtete nicht die Verteidigung der UdSSR, sondern die stalinistische Politik des „Sozialismus in einem Land“, die die Verteidigung unterminierte.

Wir haben große Hochachtung für die Arbeit, die Markus Wolf jahrzehntelang für die Verteidigung der DDR und der anderen deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus geleistet hat. Jetzt ist es Zeit, ihn zu verteidigen. ■

Komitee für soziale Verteidigung
und SpAD rufen auf:

Kommt zur

Protestkundgebung

in Düsseldorf, 18. Mai, 9.00 Uhr
vor dem 4. Senat des OLG

Viertes Reich:

**Hände weg von Markus Wolf!
Niederschlagung des Verfahrens!**

**Gegen die antikommunistische
Rachejustiz: Freiheit für
alle Repräsentanten der DDR!**

nen vertrieben und weite Landstriche besetzt, die früher vorwiegend von Moslems bewohnt wurden. Die Moslems sind somit in einem bosnischen Rumpfstaat zusammengedrängt.

Die westlichen Medien und Politiker haben die Serben verteufelt und vergleichen üblicherweise Milosevic mit Hitler. Der kroatische Präsident Franjo Tudjman ist jedoch berüchtigt als ein Apologet des klerikalfaschistischen Ustascha-Regimes, das unter dem Schutz der Nazi-Wehrmacht Hunderttausende Serben, Juden und Roma ermordete.

Westlicher Imperialismus: Hände weg von Bosnien!

Es gibt eine Differenz zwischen Washington und den Hauptstädten in Westeuropa über die Herangehensweise an die bosnische Krise. Die Europäer wollen den Krieg schnell beenden, selbst wenn das bedeutet, serbische Geländegewinne zu unterschreiben, um das Hereinfluten von bosnischen Flüchtlingen in ihre Länder zu unterbinden. Die Deutschen, die das blutige Zerschlagen von Jugoslawien herbeigeführt haben, sind jetzt entsetzt, daß sie die Opfer auf ihrer Türschwelle finden. Darüber hinaus sind die europäischen Bourgeoisien besorgt – und das zu Recht –, daß eine westliche Militärintervention in Bosnien einen größeren Balkankrieg provozieren könnte, der Makedonien, Albanien, Griechenland, die Türkei usw. hineinziehen könnte. Der US-Imperialismus hat das Zerschlagen von Jugoslawien als eine Gelegenheit benutzt, seine Stärke als Supermacht unter Beweis zu stellen.

Als revolutionäre Marxisten und Internationalisten waren wir gegen alle Seiten in dem kommunalistischen Krieg, der durch das Zerschlagen des jugoslawischen bürokratischen deformierten Arbeiterstaates entfacht wurde. Unter Tito wurde der Versuch gemacht, eine gerechte nationale

Lösung zu finden, wenn auch innerhalb des stalinistischen Rahmens des „Sozialismus in einem Land“. Das kapitalistische Vorkriegsjugoslawien wurde von den Serben beherrscht, und um den nichtserbischen Nationalitäten zu garantieren, daß sie einen gleichwertigen Platz in der Gesellschaft hatten, wurde das Gebiet der serbischen Republik in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien drastisch reduziert. Die Stalinisten schufen sogar eine bosnische Republik mit einer moslemischen Mehrheitsbevölkerung, obwohl es keine bosnische Nationalität gab.

Solange die kollektivierte Wirtschaft unangetastet blieb, waren solche Gebietsveränderungen von geringer Bedeutung. Mit der Zerstörung des proletarischen Staates jedoch zwangen das Räuber-Opfer-Verhältnis des Kapitalismus und die Interessen der Nationalstaaten die bürgerlich-nationalistischen Kräfte auf allen Seiten dazu, mit revanchistischer Wut soviel Geländegewinn zu erreichen, wie sie konnten, und ihre früheren Nachbarn zu vertreiben.

Der einzige Ausweg aus diesem mörderischen Gemetzel ist die sozialistische Revolution in der gesamten Region. Trotzlisten kämpfen für den Aufbau proletarisch-internationalistischer kommunistischer Parteien, die einen kompromißlosen Kampf gegen jegliche Formen des Nationalismus führen und in einer sozialistischen Föderation des Balkans den „ethnischen Säuberungen“ ein für alle Mal ein Ende bereiten werden. Heute, wo das serbische Volk vor einem militärischen Angriff des US/NATO-Imperialismus steht, sind klassenbewußte Arbeiter überall verpflichtet, die serbischen Kräfte gegen die Kriegsmaschine des Pentagons zu verteidigen. Nieder mit der blutigen „Neuen Weltordnung“ von Washington und dem Vierten Reich, die auf der Zerstörung der Sowjetunion beruht!

Nach Workers Vanguard Nr. 575, 7. Mai

SPARTAKIST

CDU/SPD-Solidarpakt für Bundeswehr-Einsatz NATO/Viertes Reich — Hände weg vom Balkan!

Das neue Afrikakorps
 des Vierten Reichs:
 Vorauskommando
 für Somalia



Der Spiegel

7. Mai — Nachdem am vorigen Wochenende durchgesikert war, daß sich die Clinton-Administration „im Prinzip“ für Luftangriffe gegen serbische Stellungen in Bosnien entschieden hat, wurde bekanntgegeben, daß sie sich darauf vorbereitet, innerhalb weniger Wochen 20 000 bis 25 000 US-Bodentruppen in das frühere Jugoslawien zu entsenden. Dies soll planmäßig auf 34 000 gesteigert werden in einer NATO-„Friedenstruppe“ von 50 000 – 70 000 Mann. Der Oberkommandierende des US-Imperialismus möchte dem Rest der Welt zeigen, wer der Boß ist.

Gleichzeitig hat das größer gewordene imperialistische Deutschland entschieden, neue Afrikakorps nach Somalia zu schicken. Und Bonn will über Bosnien amerikanische „chirurgische“ Militärschläge auf serbische Positionen steuern, aber in AWACS-Flugzeugen aus 35 000 Fuß Höhe. Deutschland zieht laut *Spiegel* „Schritt für Schritt [Volker

Rühe] in den Krieg“. Tatsache ist, daß Kohl und Konsorten den nationalistischen Bürgerkrieg in Jugoslawien durch die Politik der „Anerkennung“ (d. h. Beförderung) der kroatischen und slowenischen Unabhängigkeit ausgelöst hat. Somit folgt das Vierte Reich in den Fußstapfen des Dritten, um seinen Einflußbereich in Richtung Südosten durch den Krieg gegen die Serben auszuweiten.

Vor einigen Tagen beugten sich der serbische Nationalistenführer Slobodan Milosevic und der bosnische Serbenführer Karadzic den imperialistischen Sanktionen und akzeptierten formal den durch die „UNO“ vermittelten Kuhhandel, der Bosnien in einen Flickenteppich von „Kantonen“ aufteilt, die von den verschiedenen ethnischen Gruppen dominiert werden. Aber das Parlament der bosnischen Serben stimmte statt dessen für ein Referendum. Sollten

Fortgesetzt auf Seite 21

Schwarze und weiße Davidianer in Texas ermordet Blutbad in Waco — Clinton und FBI sind Massenmörder!

Das Blutbad an fast hundert Mitgliedern der Davidianer-Sekte am 19. April in Waco, Texas, war das größte Massaker, das die US-Regierung in diesem Jahrhundert an amerikanischen Zivilisten verübt hat. Nach einer massiven Mobilmachung von Polizei und Armee vor dem Rodney-King-Urteil in Los Angeles, die zur Vorbereitung einer blutigen Lehre gegen alle diente, die gegen die rassistischen Bullen protestieren wollten, wurden die staatlichen Repressions-

organe dann in Waco von der Leine gelassen.

Der Vorwand des ersten Überfalls des Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms (Bundesagentur für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen) war, daß die Davidianer einen Vorrat von Waffen angesammelt hätten. In den USA gibt es als Folge des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges das Recht, Waffen zu tragen (wenn auch immer mehr

Fortgesetzt auf Seite 20